

Saar-Freund

Nachrichten aus dem
abgetrennten
Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt
des
Bundes der Saar-Vereine

DOVER
WAR LIBRARY

Nummer 19 • 7. Jahrgang

Berlin, 1. Oktober 1926.

Grundlagen des Rechts im Saargebiet.

"Wenn die Gesetze gut sein sollen, so müssen sie klar ausgedrückt sein, damit keine Rechtsverdrehung sie nach Belieben deuten kann, um den Sinn zu umgehen."

Friedrich der Große.

Während in der französischen Literatur die Saarfrage eine ausgedehnte wissenschaftliche und propagandistische Behandlung erfahren hat, weist die deutsche Literatur auf diesem Gebiet, soweit zusammenhängende, umfassende Darstellungen in Betracht kommen, eine empfindliche Lücke auf. Das galt vor allem bis vor kurzem für das Gebiet selbst wie für die Betrachtungen der Rechtslage im Saargebiet.

Wohl besitzen wir eine Reihe von wertvollen deutschen Einzeluntersuchungen (so die Arbeiten von Bergemann, Frank, Goergen u. a.), es fehlte aber an einer umfassenden deutschen kritischen Darstellung des besonderen Saargebieterechts — eine Tatsache, die sich um so unangenehmer bemerkbar machte, als französische Juristen, wie Allot, in breitestster Form den Standpunkt der französischen Rechtswissenschaft zum Saarproblem dargelegt hatten.

Es ist das große Verdienst des Naumburger Oberlandesgerichtsrates Otto Andres, diese von Jahr zu Jahr empfindlicher werdende Lücke durch seine Schrift "Grundlagen des Rechts im Saargebiet" (Berlin, Dümmler 1926) ausgefüllt zu haben.

Die Arbeit von Andres ist einmal von ganz grundsätzlicher Bedeutung. Man braucht nicht die letzten sechs Jahre im Saargebiet gelebt zu haben, um zu wissen, wie unklar und wie undurchsichtig die rechtlichen Grundlagen dieses Gebildes „Saargebiet“ sind. Es genügt die Kenntnis von drei besonderen Merkmalen, welche die Saarbestimmungen im Vertrag von Versailles auszeichnen, um eine Erklärung für alle daraus entstandenen Wirknisse zu finden: Das Saarstatut ist erstens das Ergebnis eines Komromisses. Es wurde geschaffen, um im letzten Augenblick eine Spannung zwischen Wilson und Clemenceau zu überbrücken, die fast zur Sprengung der Friedenskonferenz zu führen drohte. Weiter: Das Statut wurde in einer einzigen Nacht redigiert und umfasst noch nicht 50 Artikel, muß sich also bei dem Umfang der Materie auf ganz allgemeine Angaben beschränken. Und schließlich: Das Saarstatut hat ein Gebilde geschaffen, dem in staatsrechtlicher Hinsicht keine Parallele zur Seite gestellt werden kann.

Aus diesen drei, der Entstehungsgeschichte des Saarstatuts entnommenen Tatsachen erklärt sich ohne weiteres die ganze Kompliziertheit und Verworrenheit des Rechtszustandes im Saargebiet, wobei ganz davon abgesehen werden kann, daß die praktische Durchführung der Bestimmungen entscheidend unter der Gegenwirkung mächt-politischer Interessen litt.

Es leuchtet daher ohne weiteres ein, daß eine brauchbare kritische Darstellung der Rechtslage an der Saar — eben weil es sich um etwas ganz Neues handelt — es ver-

meiden muß, Schwierigkeiten der Auslegung entweder zu umgehen oder sie ohne Rücksicht auf den Gegenstand der Anwendung auf konstruktivem Wege aus der Welt zu schaffen. Diesen Fehler hat der bekannte Völkerrechtler Wehberg in seiner Schrift: „Die staats- und völkerrechtliche Stellung des Saargebietes“ begangen und damit dem Saargebiet einen sehr schlechten Dienst erwiesen.

Obwohl das Buch nur 38 Seiten (außer einem Anhang) umfaßt, ist es nicht möglich, an dieser Stelle auf die Unsumme von Ungenauigkeiten und Unrichtigkeiten, die es enthält, einzugehen. Nur einiges sei herausgegriffen:

Zunächst einmal scheinen dem Verfasser die Verhältnisse im Saargebiet völlig fremd zu sein. Sonst hätte er das Kapitel VI nicht mit den Worten beginnen können: „Die Mehrzahl der im Saargebiet wohnenden Personen sind Deutsche“. Denn dieser Satz setzt ganz eindeutig den Begriff einer beachtlichen französischen Minderheit im Saargebiet voraus — eine Erkennung der Wirklichkeit, aus der sich dann eine ganze Reihe unglaublicher Thesen, die mit dem Sinn des Saarstatuts in direktem Widerspruch stehen, erklären lassen. So wenn Wehberg z. B. von der Aufrechterhaltung des deutschen Unterrichts in den saarländischen Schulen spricht (S. 33, wo es sich doch schlechtweg um die Erhaltung der deutschen Schule als solche handelt) und die Einführung des französischen Unterrichts in den Volksschulen „durchaus billigt“.

Oder wenn er zu dem deutschen Protest gegen das Vorhandensein französischer Kriegsgerichte im Saargebiet kurzerhand erklärt: „Ob der deutsche Protest gerechtfertigt ist, mag dahingestellt bleiben. Meines Erachtens sollte man jeder Truppe, ob sie mit Recht oder Unrecht sich in einem Lande aufhält, das Recht zu erkennen, Handlungen gegen ihre Sicherheit zu verfolgen.“

Wehberg muß der Aussäufung gewesen sein, das Saargebiet sei ein national gemischtes Gebiet. Sonst ließe es sich nicht erklären, daß er in der Uebertragung des Auslandschutzes der Saarländer an Frankreich lediglich eine Frage der „Courtoisie und des Tastes“ erblickt (S. 11). Sonst hätte er auch nicht in so unverzeihlichem Maße die verschiedenen Kundgebungen der Saarbevölkerung und Noten der deutschen Regierung, in denen von der „deutschen Saarbevölkerung“ die Rede ist, missverstanden und sich ausgerechnet in der Frage der Saareinwohnerverordnung zur Verteidigung der Regierungskommission auf die Ansicht des chinesischen Vertreters im Völkerbund stützen können.

Die Rechtsbetrachtungen, die sich auf eine derartige, nicht zu entschuldigende Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse im Saargebiet stützen, sind um so bedenklicher, als die Gefahr besteht, daß sie mit Rücksicht auf den Ruf des Verfassers als eines deutschen

Rechtsgelehrten von Manchem gedankenlos übernommen werden. Es kommt hinzu, daß der Wert der Arbeit nicht dadurch erhöht wird, daß der Verfasser ihm zweifelhaft erscheinende Fragen (wie z. B. Auslandschutz S. 11, Saareinwohnerschaft S. 19, 22, Militärgerichtsbarkeit S. 26) mit der billigen Formel „Es mag dahingestellt bleiben“ erledigt.

Die Schrift will objektiv sein. Das hindert den Verfasser aber nicht, die Tatsache, daß die Regierung die Gutachten der Vertreter der Bevölkerung oft unberücksichtigt ließ, als eine „deutsche Behauptung“ hinzustellen, deren Stichhaltigkeit natürlich dahingestellt bleibt — mit anderen Worten: in Zweifel gezogen wird. „Unsachliche Angriffe gegen die Regierungskommission“ (das bezog sich natürlich noch auf das System Rault) werden verurteilt, wie auch sonst anscheinend die Aufforderungen der Bevölkerung, denen es doch in Wirklichkeit in erster Linie zu verdanken ist, wenn wir heute im Saargebiet überhaupt von einer „Rechtslage“ sprechen können, dem Verfasser wenig genehm sind. Auf der anderen Seite brauchen nach Wehberg die unzähligen Vertragsverletzungen — soweit sie nicht einfach „dahingestellt“ bleiben — „nicht kritisch behandelt werden“ (so im Falle der Notverordnung S. 28).

Mit einem schlechten Scherz schließt Wehberg seine Abhandlung: Nach ihm hat sich im Verlauf der Vorstellungen der Bevölkerung beim Völkerbund (gemeint sind die Genfer Delegationen der politischen Parteien) eine besondere saarländische Friedensliga gebildet. Möge die Wirksamkeit der saarländischen Völkerbundsfreunde in den elf Jahren, die das Saargebiet noch unter der Herrschaft des Friedensvertrages steht, reiche Früchte tragen.“

Ein besonderes Urteil über diese „objektive“ Darstellung der staatsrechtlichen Stellung des Saargebietes erübrigt sich nach diesen Proben. Die Schrift Wehbergs ist ein bedauerlicher Missgriff — sie grenzt an einen Skandal.

*

In diesem Jahre hat nun die deutsche Literatur über das Saarproblem durch die Schrift von Otto Andres: „Grundlagen des Rechts im Saargebiet“ eine lang begehrte, wertvolle Bereicherung erfahren. Der Verfasser will nur anregen und stellt einen Erfolg für die wirkliche Handhabung seiner Arbeit in Frage. Wir schätzen die Bedeutung der Schrift wesentlich höher ein. Denn in ihr spricht und urteilt ein Mann, der neben diesem juristischen Wissen auch eine genaue, absolut zuverlässige Kenntnis des Saargebietes selbst, als des Gegenstandes seiner Rechtsbetrachtungen besitzt. Das ist gerade in diesem Fall von der größten Bedeutung. Denn diese Gründlichkeit des Wissens bewahrt den Verfasser davor, bei der Auslegung der Saarbestimmungen vom grünen Tisch aus in rationale Verlegenheitskonstruktionen zu versallen und den Boden des Wirklichen unter den Füßen zu verlieren. Die verantwortungsbewußte Gründlichkeit, welche die Andressche Schrift auszeichnet, vermeidet es auch sorglich, auch nur eine einzige zweifelhaft erscheinende Frage offen zu lassen. In allen Fällen wird eine Klärung, ohne Rücksicht auf die oft von Machtverhältnissen dictierte Handhabung, versucht. Und zwar in einer Form, die es in ihrer Einfachheit und Klarheit auch dem gebildeten Laien ermöglicht, das Buch mit Genuß und Interesse zu lesen.

Andres beginnt mit der Feststellung der Richtlinien, nach denen die Saarbestimmungen des Versailler Vertrages auszulegen sind. Soweit der Vertrag keine Änderung der bestehenden Verhältnisse angeordnet hat, bleibt alles beim alten. Dieser Hauptsatz des Saargebietstrechts ergibt sich einmal aus den ausgesprochen engumgrenzten Zwecken der Sonderregelung wie aus dem Willen der Vertragschließenden — und zwar beider Teile. Denn in den Noten vom 10. Mai, 24. Mai und 16. Juni 1919 haben die alliierten und assoziierten Mächte der deutschen Delegation erklärt, die Saarbestimmungen ständen im Einklang mit den Grundsätzen Wilsons, welche er im Jahre 1918 in mehreren Reden ausgesprochen hat. In diesen Reden aber wird immer wieder der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker betont und erklärt: „Völker und Provinzen dürfen nicht von einer Staats-

hoheit in eine andere herumgeschoben werden, als ob es sich lediglich um Steine in einem Spiel handele; jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch den Krieg aufgeworfen sei, müsse im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen und nicht als Teil eines bloßen Ausgleiches oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden.“ Das ist klar und daraus ergibt sich die Forderung nach einer engen Auslegung der Befugnisse der Regierungskommission.

Zweck der neuen staatlichen Rechtsordnung ist zunächst die Sicherung der freien Ausbeutung der Gruben durch Frankreich — während die Uebertragung der Gruben und ihre Ausbeutung wirtschaftlicher und bürgerlich-rechtlicher Natur sind. Mit der Verfolgung dieses Zweckes steht in engstem Zusammenhang die Sicherung der Rechte und des Wohles der Bevölkerung — denn wenn die Gruben nicht abgetreten worden wären, so hätte die Auslegung einer zeitweiligen Regierungsgewalt für fünfzehn Jahre ohne sofortige Befragung der Bevölkerung den Wilsonschen Grundsätzen widersprochen. (Diese durchaus stichhaltige Folgerung gewinnt gerade jetzt erhöhte Bedeutung, wo sich Deutschland und Frankreich über einen Rücklauf der Saargruben unterhalten wollen. Rückgabe der Gruben an Deutschland hebt automatisch das Sonder-Saarregime auf und das Saargebiet lehrt ungeschmälert in die deutsche Staatsverwaltung zurück.) Die Rechte der Bevölkerung wären ja dann auch weit besser durch die Aufrechterhaltung des alten Zustandes gesichert gewesen — denn durch die neue Rechtsordnung hat die Bevölkerung ihre wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte — Teilnahme an der Gesetzgebung, Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Volk — verloren!

Das ist ein offensichtlicher Widerspruch der neuen Rechtsordnung gegenüber ihrem ausdrücklich formulierten Zweck — ein Widerspruch, der nur dadurch gemildert werden kann, daß bei der Auslegung der Einzelbestimmungen eine Schädigung der Einwohner an ihren verbliebenen Rechten sorglich vermieden wird.

Andres faßt die voneinander abhängigen Einzelzwecke des Artikels 46 in die Formel zusammen: „Die Änderung der bestehenden Verhältnisse ist bestimmt, um Frankreich volle Freiheit bei der Ausbeutung der Gruben zu verüben, ohne die Rechte und das Wohl der Bevölkerung zu schmälern, und um eine freie und unbeeinflußte Abstimmung nach fünfzehn Jahren zu gewährleisten.“

Der zeitlich unbegrenzte Verzicht Deutschlands umfaßt die Regierung des Saargebietes — das ist die Gebietsverwaltung, die früher der deutschen, preußischen und bayerischen Regierung oblag, ergänzt durch ein erweitertes Verordnungsrecht und ein Entscheidungsrecht über bestimmte Auslegungsfragen. Der Völkerbund übt seine Befugnisse als Treuhänder aus, und zwar — bei aller Wahrung sonstiger im Vertrag genannter Interessen — gegenüber Deutschland. Dafür spricht unter anderem auch der Artikel 46 des Versailler Vertrages, nach welchem Deutschland allein die Bestimmungen des Kapitels 2 der Anlage (Regierung des Saarbeckengebietes) annimmt.

Nur auf die Regierung verzichtet Deutschland; die deutsche Staatshoheit bleibt bestehen, erst von dem Abstimmungsergebnis (§ 365 hängt ein eventueller Verzicht Deutschlands auf die Staatshoheit ab. Ergeht die Abstimmung zugunsten Deutschlands, so hat der Völkerbund nur für die Wiedereinsetzung Deutschlands in die Regierung Sorge zu tragen. Die abweichende Ansicht Allots ist unhaltbar.

Da die Staatshoheit des Saargebietes bei Deutschland bleibt, kann keine Rede davon sein, daß das Saargebiet ein Staat für sich bilde. Daraus ändert auch die Art der Festsetzung der Grenzen des Saargebietes nichts. Die Befugnisse der Regierungskommission sind auf das Saargebiet beschränkt — Staatsverträge kann sie nicht schließen, höchstens Abreden mit auswärtigen Regierungen. Von dem Verzicht auf die Regierung wird das deutsche Staatseigentum im Saargebiet — die Gruben aus-

genommen — nicht berührt: die Regierungskommission übt lediglich die Nutznutzung aus (§ 22). Ebenso wenig wird durch den Verzicht auf die Regierung die Staatsangehörigkeit der Bewohner des Saargebietes berührt. Sie bleiben — mit Ausnahme einer verschwindend geringen Anzahl von Ausländern — Deutsche. Diese Deutschen haben nach wie vor Anspruch auf den Schutz des Reiches dem Ausland gegenüber. Wenn die französische Regierung auf das Ersuchen der Regierungskommission hin den Schutz der im Ausland ansässigen Saarländer übernommen hat, so hat sie damit ihr Befugnisse überschritten — denn es kam lediglich eine Übertragung des Schutzes der Interessen der Einwohner des Saargebietes im Ausland im Sinne des § 21 in Frage. Dass diese Übertragung auch noch gegen den ausgesprochenen Willen der Bevölkerung an Frankreich erfolgte, stand in schroffem Widerspruch zu der Treuhandschaftspflicht der Regierungskommission.

Auf dem Gebiete des Rechtsthebens bleibt grundsätzlich alles beim alten; jedoch hat die Regierungskommission durch eine erweiterte Verordnungsgewalt das Recht erhalten, den bestehenden Gesetzeszustand unter bestimmten Voraussetzungen zu ändern. Ganz richtig versteht Andres unter dem Gesetzeszustand eines Landes etwas Einheitliches. Jede Einführung einer neuen verbindlichen rechtseckenden Vorschrift ist darum eine Änderung dieses Gesetzeszustandes — und kann daher laut § 23 II nur nach vorheriger Befragung der Bevölkerung erfolgen (a. M. Bergemann, die Gesetzgebung im Saargebiet, M.-Gladbach 1924).

Die Auslegung der Gesetze ist nach deutschem Recht Sache der richterlichen Gewalt. Diese Freiheit der richterlichen Auslegung hat der Versailler Vertrag für das Saargebiet durch den § 23 insofern erheblich beschränkt, als die Regierung selbst ein gewisses Auslegungsrecht erhalten hat. In dieser Bestimmung, durch welche die Regierung die wichtigsten Bestimmungen über die Grenzen ihrer Gewalt selbst auslegen darf, werden nicht nur die Rechte der Bevölkerung geschmälert, sondern auch Grundrechte eines modernen freiheitlichen Staates — die Kontrolle der Regierung durch die Rechtsprechung in bedenklicher Weise eingesenkt.

*

Die Regierungskommission übt ihre Befugnisse zu Regierungshandlungen als Kollegium aus, sie beschließt mit Stimmenmehrheit, der Vorsitzende ist Ausführer der Beschlüsse. Bedenklich ist die Weisung des Völkerbundes, dass es Sache der Regierungskommission sei, zu entscheiden, ob und unter welchen Voraussetzungen ihre Beschlüsse rechtsgültig seien, wenn sie nicht vollständig versammelt waren. Andres lehnt die Auffassung Wehbergs, dass die Regierungskommission als eine Art neutralen Zwischenliges zwischen Deutschland und Frankreich gedacht sei, ab. Mit Recht, denn in den Instruktionen des Völkerbundes für die Regierungskommission heißt es: „Die Regierungskommission hat keine anderen Aufgaben und Interessen als das Wohlergehen der Bevölkerung des Saarbeckengebietes.“

Dass die Regierungskommission unter Raule nicht daran dachte, die Ausübung ihrer Befugnisse im Sinne dieser bindenden Instruktion, sondern zur Beeinflussung der kommenden Abstimmung vorzunehmen, bewies ihre Haltung in den Fragen der Anhörung der Volksvertretung, des Beamtenrechts, der Justizverwaltung (Militärgerichtsbarkeit, Zusammensetzung des Obersten Gerichtshofes), der Staatsangehörigkeit (Naturalisationskandal!), des Auslandsschutzes, der Sprache und der Aufrechterhaltung der Sicherheit (französisches Militär, Notverordnung).

Ebenso auf dem Gebiete des Schulwesens, wo die Regierung durch den § 28 in ihrer Aufsicht an strengste Wahrung der bestehenden Gesetze, Verordnungen und Einrichtungen gebunden ist. „Es entspricht“, sagt Andres, „den deutschen Anschauungen, wie sie in der Schulhoheit und Schulaufsicht des Staates, in der gesetzlichen Pflicht der Eltern, ihre Kinder zum Besuch einer vom Staat überwachten Schule anzuhalten, zum Ausdruck kommt, dass die Aufgaben des Staates, für die schulpflichtige Bildung der heranwachsenden Jugend zu sorgen, regelmäßig nur durch Schulen gelöst werden soll, die vom Staat überwacht werden, seiner Schulaufsicht unterstellt sind. Diese Auffassung muss

auch die Richtlinie der Regierungskommission bei ihrer Schulverwaltung sein. Sie stellt sich außerhalb des Gesetzes und überschreitet die Schranken, die ihr für ihre Tätigkeit im § 28 gesetzt sind, wenn sie bestimmt, dass der gesetzlichen Schulpflicht auch durch den Besuch französischer Schulen, die es früher im Saargebiet nicht gab und die der Überwachung durch die staatliche Schulaufsicht des Gebietes entzogen sind, genügt werde, wenn sie die Errichtung französischer Schulen über den Rahmen des im § 14 dem französischen Staat eingeräumten Rechtes zulässt, wenn sie den Besuch der französischen Schulen erleichtert und fördert...“

*

In einem weiteren Kapitel bespricht Andres die Rechtsstellung und die Vorrechte des französischen Staates im Saargebiet. In diesen Vorrechten ist (der Zollanschluss ausgenommen) nicht die Übertragung einer öffentlich-rechtlichen Funktion — als Staat — sondern eine bürgerlich-rechtliche Stellung des französischen Staates als Eigentümer und Ausbeuter der Gruben zu sehen. Das ergibt sich auch aus dem § 10, der bestimmt, dass jeder Person, die der französische Staat in seine Rechte auf Ausbeutung eingesetzt, die Vorrechte des Kapitels I der Anlage zustatten kommen.

Daraus folgt, dass der französische Staat, wie das ja auch aus dem Wortlaut des Saarstatuts hervorgeht, das Recht der Gründung und Unterhaltung von Schulen nur zum Zwecke der freien Ausbeutung der Gruben (als Nebenanlagen der Gruben) hat und nicht zum Zwecke der Verbreitung der französischen Sprache und Gesittung im Saargebiet.

*

Über die zukünftige Abstimmung, die das endgültige Schicksal des Saargebietes bestimmen soll, handelt Kapitel III der Anlage zu den Saarbestimmungen. Wer abstimmen darf, sagt § 34: „Jede zur Zeit der Abstimmung über 20 Jahre alte Person, die bei Unterzeichnung des Vertrages (das ist der 28. Juni 1919) im Saargebiet gewohnt hat.“ Die unhalzbare Auffassung Wehbergs, dass die Verordnungen der Regierungskommission über den Begriff der Saareinwohnerschaft angewandt werden müssten, lehnt Andres mit vollem Recht mit der Begründung ab, dass die Vollmachten der Regierungskommission sich nicht auf die Vorbereitung und Durchführung der Abstimmung beziehen.

Eine der drei Möglichkeiten, für die sich die Bevölkerung durch die Abstimmung zu entscheiden hat, ist die Aufrechterhaltung der augenblicklichen Rechtsordnung. Von einer Aufrechterhaltung kann eigentlich keine Rede sein: denn nun wird das Saargebiet, nachdem Deutschland auf seine Staatshoheit verzichtet hat, ein Staat. Aber was für ein Staat! „Die Staatsgewalt geht in diesem Staat nicht vom Volke, sondern vom Völkerbund aus. Der Saarstaat gehört nicht den Saarländern, sondern dem Völkerbund. Die Bevölkerung halte während der zeitweiligen Rechtsordnung kein Recht der Teilnahme an Regierung und Gesetzgebung und keinen Anspruch auf Verantwortung ihr gegenüber. Sie wird auch in Zukunft solche Rechte nicht haben. Der Völkerbund ist absoluter Herrscher. Er kann eine Verfassung geben, er kann es auch bleiben lassen... Ein Rückfall der Gruben oder eine Abtretung an den Völkerbund findet... nicht statt. Das bedeutet, dass für diesen Fall der Zustand, dass sich die Hauptstädte des Landes im Besitz einer fremden Macht befinden, ein Dauerzustand wird.“ Diese nüchterne Feststellung wird genügen, um manche Schlagwortillusion zu zerstören!

Im übrigen braucht über die Abstimmung, wenn auch Goergen in letzter Zeit mit Recht auf bedenkliche Absichten der Regierungskommission hingewiesen hat, kein Wort mehr verloren zu werden.

Andres will mit seinem Buch nur eine Anregung geben haben. Seine Arbeit gibt mehr. Gewiß, es wäre sehr zu wünschen, daß durch die schon längst geplante Schaffung eines Kommentars zum Saarstatut in weiterem Maße zur Klärung der teilweise recht verworrenen Rechtsbestimmungen im Saargebiet beigetragen würde. Eine Reihe von Einzelbearbeitungen hat hier schon wichtige Ergebnisse ge-

zeigt. Andres jedoch hat das Verdienst, darüber hinaus durch seine umfassende, gründliche Untersuchung allen weiteren Arbeiten auf diesem schwierigen Gebiet eine wertvolle Grundlage geschaffen zu haben.

v. d. R.

Die Saarfrage nach Thoiry.

Seit der Besprechung des deutschen Reichsaufßenministers Dr. Stresemann mit dem französischen Außenminister Briand beschäftigt sich die Presse des In- und Auslandes eingehend mit den wahrscheinlichen Auswirkungen dieser Aussprache. Das im Anschluß an diese Konferenz von Thoiry ausgegebene amtliche Communiqué macht keinerlei Andeutungen über Einzelheiten der Verabredung, sondern spricht nur davon, daß sich die beiden Minister über alle die Länder interessierenden Fragen unterhalten und ihre Auffassungen über eine Gesamtlösung der Fragen in Einklang gebracht hätten. Diese Formulierung des amtlichen Communiqués hat eine sehr verschiedene Beurteilung erfahren. Groß ist die Zahl derer, die darin eine Bestätigung ihrer optimistischen Auffassung erblicken, aber nicht minder groß ist auch der Kreis, der bei seinem bisherigen Pessimismus stehen bleibt. Es ist begreiflich, daß bei der geheimnisvollen Verschwiegenheit der amtlichen Stellen die Gerüchte über die Bedeutung und über die Tragweite der in Thoiry getroffenen Vereinbarungen wie Pilze aus der Erde schießen.

Nachdem sich die beiden Staatsmänner verpflichtet haben, die Vertraulichkeit ihrer Unterredungen zu wahren, war angesichts der in der Presse über den Inhalt der Unterredung erschienenen Einzelheiten von deutscher Seite ausdrücklich vor einem übertriebenen Optimismus gewarnt und eine möglichst ruhige Beurteilung der Lage auf Grund der gegebenen Verhältnisse anempfohlen worden. Auch Briand hat den französischen Pressevertretern Zurückhaltung empfohlen, um die begonnenen Verhandlungen nicht unnützweise zu erschweren. Trotzdem hat sich vor allem die französische Presse nicht davon zurückhalten lassen, alle in Frage kommenden Möglichkeiten für die deutsch-französischen Besprechungen zu untersuchen. Bei Zusammenfassung aller in der Presse erschienenen Gesichtspunkte müßte sich die Besprechung von Thoiry auf die folgenden sechs Punkte bezogen haben:

1. Fortschreitende Herabsetzung der Stärke der Besatzungstruppen und Umgruppierung mit dem Ziele der Unsichtbarmachung der Besatzung.
2. Räumung der zweiten und der dritten Zone im Jahre 1927.
3. Rückgabe des Saargebietes an Deutschland schon im nächsten Jahr, und zwar ohne Abstimmung.
4. Abschaffung der Militärkontrolle, Ausübung der Kontrolle über die Reichswehr und Polizei durch den Völkerbund.
5. Kommerzialisierung eines Teiles der deutschen Eisenbahnbewilligungen zugunsten Frankreichs.
6. Wohlwollende Neutralität Frankreichs bei der späteren endgültigen Liquidierung der Frage um Eupen-Malmedy.

Inzwischen hat sich der französische Kabinettsrat am 21. September mit der Besprechung von Thoiry beschäftigt. Das über die Kabinettsitzung ausgegebene Communiqué verrät ebenfalls nichts, weder über den Inhalt der Besprechung von Thoiry noch über die Stellungnahme des Kabinetts zu den Einzelheiten dieser Besprechung. Die Formulierung der amtlichen Mitteilung läßt aber die Vermutung zu, daß der Kabinettsrat in Paris eine Stellungnahme zu den politischen Einzelheiten der Aussprache Briands mit Stresemann ausgelegt, lediglich die Fortführung der Verhandlungen mit Deutschland gutgeheißen, im übrigen aber beschlossen hat, die „technischen Probleme“ durch Sachverständige zu prüfen und in einer späteren Sitzung hierzu Stellung zu nehmen. Eine ähnliche Stellung hat das Reichskabinett eingenommen, so daß der Weg für die Weiterführung der Verhandlungen frei ist.

Angesichts dieser Sachlage ist es zum mindesten voreilig, heute schon ein Urteil darüber zu fällen, in welcher Richtung sich diese Verhandlungen nun entwickeln werden. Der deutsche Reichsaufßenminister hat gleich am Tage der Konferenz von Thoiry und später

am Tage seiner Abreise von Genf Gelegenheit genommen, sich über seine Unterredungen mit Briand zu äußern. Er ist selbstverständlich ebenfalls nicht auf Einzelheiten eingegangen, hat aber doch immerhin Ausführungen gemacht, aus welchen man wohl einige Anhaltspunkte über die von ihm vertretenen Gesichtspunkte in Thoiry gewinnen konnte. Einmal hat Stresemann erklärt, daß es eine Anomalie darstellen müßte, wenn die Besatzung am Rhein aufrecht erhalten würde, obwohl Deutschland im Völkerbund sitzt, andererseits hat er davon gesprochen, daß es nicht möglich sei, das Saargebiet Jahre hindurch noch besetzt zu halten. Er hat ausdrücklich dabei unterstrichen, daß heute zwischen Frankreich und Deutschland nicht bloß über die Verminderung der Besatzung um irgendeine Biße, sondern um die ganze Frage der Rheinlandräumung und um die Frage des Verhältnisses des Saargebietes zu Deutschland weiter verhandelt wird. Im Zusammenhang mit der Regelung der Saarfrage hat er das Selbstbestimmungsrecht der Völker erwähnt, und, wie er in seiner Abschiedsrede an die Vertreter der WeltPresse in Genf ausdrücklich hervorhob, damit die „vielleicht stattfindende Volksabstimmung im Saargebiet über seine Rückkehr zu Deutschland“ angedeutet.

Es ist nun sehr interessant zu beobachten, wie man in Frankreich sich mit der in Genf und Thoiry aufgeworfenen Saarfrage auseinanderzusetzen versucht. Grundsätzlich lehnt man offenbar in Frankreich eine Liquidierung der Saarfrage nicht ab. Zunächst will man selbstverständlich mit den Saargruben ein Geschäft machen. Man nennt daher als Rückkaufspreis für die Saargruben verschiedene Summen, die sich nicht unter dreihundert Millionen Goldmark bewegen. Das ist der Betrag, der Deutschland auf Grund des Artikels 233 des Versailler Vertrages für die Abtretung der Saargruben auf seine Wiedergutmachungsschuld gutgebracht werden sollte. Diese Summe als Rückkaufspreis muß überaus hoch erscheinen, wenn man den technischen Zustand der Saargruben berücksichtigt. Bei Uebernahme dieser Gruben durch Frankreich galten diese als Musterbetriebe des deutschen Steinkohlenbergbaues. Sie waren bergbautechnisch auf das beste eingerichtet und bergbaupolizeilich nach jeder Richtung hin einwandfrei. Die Raubbau methoden, die von der französischen Saargrubenverwaltung zur bestmöglichen Ausbeutung der Gruben angewandt worden sind, haben die Gruben in ihrer technischen Beschaffenheit, wie auch in ihrer künftigen Ausbeutungsmöglichkeit so stark beeinträchtigt, daß deutscherseits für einen rationellen Kohlenabbau große geldliche Aufwendungen notwendig wären. Aus diesem Grunde wird deutscherseits zu versuchen sein, die von Frankreich geforderte Summe möglichst herabzudrücken.

Nach deutscher Auffassung kann jetzt als Rückkaufspreis ein Betrag von höchstens 200 bis 225 Millionen in Frage kommen. Nach § 36 des Saarstatuts wird der Preis, den Deutschland evtl. für den Rückkauf zu zahlen hätte, von einer dreigliedrigen Sachverständigenkommission festgesetzt, der ein Deutscher, ein Franzose und ein vom Völkerbund zu ernennender Vertreter angehören soll. Es dürfte aber nach der ganzen gegenwärtigen Lage der europäischen GesamtPolitik kaum Schwierigkeiten bereiten, sich auf einen angemessenen Rückkaufspreis zu einigen.

Eine andere Frage für die Liquidierung der Saaraffäre ist die der in Kapitel III des Saarstatuts vorgesehenen Volksabstimmung. Wenn auch von Anfang an Frankreich wie in Elsaß-Lothringen eine Volksabstimmung auch an der Saar zu verhindern suchte, indem es auf eine angeblich bestehende Adresse von wenigstens 150 000 Saarfranzosen verwies, so hat es sich schließlich doch ausdrücklich mit einer solchen Volksabstimmung einverstanden erklärt, indem es in einer Note über die Saarfrage am 29. März 1919 unter anderem erklärte:

„Am Tage, an dem in jedem der hauptsächlichsten Verwaltungsbezirke die Mehrzahl der Wähler die französische Staatsangehörigkeit erworben haben wird, oder einfach an dem

Tage, an dem der Kreistag die Annexion an Frankreich verlangen wird, soll diese Annexion rechtsgültig werden nach Bewilligung durch den Völkerbund.

Nach Ablauf von 15 Jahren sollen die Bewohner, die nicht bereits ihren Willen kundgegeben haben, befragt werden. Vor diesem Datum soll kein Antrag auf Vereinigung mit Deutschland in Erwägung gezogen werden, da diese Frist von 15 Jahren gerade deshalb vorgesehen ist, um die Zeit handeln zu lassen, und die Bevölkerung in die Lage zu versetzen, gerecht und frei über die Souveränität zu entscheiden. Preußen hat für sich 100 Jahre gehabt, um sein Werk der Gewalt zu festigen.“

Aus dieser Erklärung geht hervor, daß man mindestens mit der Möglichkeit gerechnet hatte, daß in einzelnen Teilen des Saargebietes sich bei einer Abstimmung eine französische Mehrheit ergeben könnte. Der § 34 des Saarstatus sieht daher auch eine Abstimmung gemeinde- oder bezirksweise vor. Erst vor wenigen Wochen haben wir im „Saarfreund“ darauf hingewiesen, daß von Seiten der Saarregierung versucht worden ist, eine Aenderung der kommunalen Abgrenzung vor allem im Saarlouiser Kreis durchzuführen, wobei man alle jene Orte zu einer kommunalen Verwaltungseinheit zusammenschließen wollte, von welchen man eine französische Mehrheit erhoffte. Diese Bestrebungen hängen auß engste in Verbindung mit gewissen französischen Versuchen, auf dem Wege einer sogenannten „Grenzberichtigung“ um die in Frankreich jetzt sehr unsympathische Saarabstimmung herumzukommen, da man von einer solchen nur eine gewaltige Niederlage der französischen Saarpolitik zu erwarten hätte.

Für die Taktik der französischen Propaganda ist nun außerordentlich bezeichnend, daß man in Frankreich die Frage einer Neuregelung für das Saargebiet von dem Gesichtspunkt aus erörtert, daß Deutschland die Rückkehr des Saargebietes ohne Volksabstimmung gewünscht habe und daß Frankreich geneigt wäre, diesem Wunsche entgegenzukommen. Es ist dies dieselbe Taktik, die man auch in der Frage der Rheinlandbesetzung angewendet hat, indem man erklärte, Deutschland habe die Kommerzialisierung der Eisenbahnobligationen angeboten, falls Frankreich die Rheinlande freigäbe. „Frankreich aber habe keine Neigung, politische Dinge mit finanziellen Angelegenheiten zu vermengen“. In Wirklichkeit liegen die Dinge gerade umgekehrt. In der Rheinlandfrage steht Deutschland auf dem Standpunkt, daß es nach Regelung der Reparationszahlungen und nach der Erfüllung der deutschen Entwaffnungsverpflichtungen in Verbindung mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund einen berechtigten Anspruch auf baldige Räumung der besetzten Gebiete auf Grund des Artikels 431 des Versailler Vertrages und auf Grund des Artikels 10 der Völkerbundssatzung hat. Frankreich hat aber den dringenden Wunsch geäußert, Deutschland möge aus innerpolitischen Gründen in Frankreich und unter Berücksichtigung der währungspolitischen Schwierigkeiten Frankreichs sich zu einer finanziellen Aktion in Verbindung mit der Rheinlandräumung bereit erklären. Reichsausßenminister Dr. Stresemann scheint zum Beweis des guten Willens Deutschlands zu einer Verständigung in dieser Richtung auch gewisse Zusicherungen gegeben zu haben.

Aehnlich liegen die Dinge in der Frage der Volksabstimmung an der Saar. Nicht Deutschland hat den Wunsch, auf diese Abstimmung zu verzichten, sondern Frankreich legt allergrößten Wert darauf, eine vorzeitige Regelung der Saarfrage unter Wegfall der Volksabstimmung vorzunehmen, da man sich in Frankreich, wie schon oben angedeutet, darüber im Klaren ist, daß es bei einer Volksabstimmung eine schwere politische Niederlage an der Saar erleiden müßte. Ein deutscher Verzicht auf die Volksabstimmung birgt die Gefahr in sich, daß Frankreich nach Jahrzehnten erneut Ansprüche auf das Saargebiet erhebt mit dem Hinweis darauf, daß die in Versailles vorgeschriebene Volksabstimmung nicht vorgenommen worden sei, so daß, ohne die Bevölkerung zu fragen, das Saargebiet Deutschland wieder zurückgegeben würde. Deshalb sollte aus außenpolitischen und aus nationalpolitischen Gründen, ebenso wie aus Gründen der Beseitigung aller zwischen Deutschland und Frankreich stehenden Streitfragen auf die Volksabstimmung im Saargebiet nicht verzichtet werden. Im Saargebiet hat man seinerzeit die Feststellung einer Volksabstimmung als eine Beleidigung empfunden, weil über den deutschen Charakter des Saargebietes und seiner

Bevölkerung niemals ein Zweifel bestehen konnte. Nachdem man aber die politischen Motive der französischen Saarpolitik erkannt hatte, hat man diese Volksabstimmung für eine Notwendigkeit gehalten, um die ganze Niederträchtigkeit französischer Annexionspolitik, wie sie in Versailles verfolgt wurde, zu beweisen, und den Clemenceauschen Schwindel von den 150 000 Saarfranzosen ziffernmäßig zu widerlegen.

Es gibt Kreise in Deutschland, die sich in der Frage der deutsch-französischen Verständigung ausschließlich von Gefühlsmomenten beeinflussen lassen, ohne zu überlegen, daß bei einer solchen Einstellung die zum Teil recht schwerwiegenden deutsch-französischen Streitpunkte nicht beseitigt, sondern nur verschoben werden. Auch die Frage der Saarregelung im Rahmen der deutsch-französischen darf nicht ausschließlich von Gefühlsmomenten bestimmt werden, sondern es muß eine grundsätzliche Lösung geschaffen werden, damit auch für spätere Zeiten eine Saarfrage zwischen Deutschland und Frankreich nicht wieder auftreten kann. Was man von schönen Reden und politischen Phrasen bei der Liquidierung politischer Fragen zu halten hat, haben gerade die Wochen nach Thoiry sehr deutlich erwiesen. Während man unmittelbar nach Thoiry in einigen Kreisen Deutschlands und Frankreichs nicht nur von einer Annäherung und von einer Aussöhnung, sondern sogar von einem deutsch-französischen Bündnis sprach, erhielten die in Thoiry besprochenen Punkte nach den Kabinetsitzungen in Paris und Berlin eine wesentlich geschäftsmäßiger Beurteilung. Zweifellos ist zwischen Stresemann und Briand der Wille zu einer Annäherung und verständigen Zusammenarbeit vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet vorhanden. Briand aber ist nicht Frankreich, ist nicht das französische Volk in seiner Gesamtheit, ist nicht das französische Kabinett. Wenn Poincaré noch am 26. September in seiner Rede von Saint Germain unter dem brausenden Beifall seiner Zuhörerschaft die deutsche „Alleinkriegsschuld“ und die „deutsche Barbarerie“ während des Krieges betonen konnte, ohne daß eine solche Bemerkung die energischste Zurückweisung in Frankreich selbst erfuhr, dann kann man wirklich nicht von einem Verständigungswillen Frankreichs sprechen, der auf eine Versöhnung mit Deutschland abzielt.

Wir sind überzeugt, daß die Besprechungen von Thoiry nach langwierigen Verhandlungen zu einer Annäherung der gegenseitigen Standpunkte führen werden. Diese Ausgleichung der Auffassungen wird aber eine sehr geschäftsmäßige Aktion sein, die von einer gefühlsmäßigen Aussöhnung noch meilenweit entfernt sein dürfte. Wollte sich darüber in Deutschland jemand noch falschen Hoffnungen hingeben, der braucht nur das bisherige Ergebnis der militärischen Unterausschüsse der vorbereitenden Abrüstungskonferenz des Völkerbundes sich anzuhören, um zu erkennen, wie groß die Gegensätze zwischen deutscher und französischer Verständigungspolitik noch sind. Dabei wäre es das Verkehrsteste, was man in Deutschland tun könnte, wenn man einen Unterschied in der Einstellung Frankreichs zu dem einstigen kaiserlichen und dem jetzigen republikanischen Deutschland machen wollte: Poincaré hat in seiner Rede von Saint Germain den Versuch unternommen, einen solchen Unterschied zu konstruieren. Wollte man sich in Deutschland auf eine solche Methode einlassen, dann wäre das gleichbedeutend mit dem Auspielen eines Teiles des deutschen Volkes zugunsten einer französischen These, die aufgestellt wurde nicht zuletzt aus jenen politischen Gesichtspunkten heraus, das deutsche Volk in zwei Lager zu teilen. Diese Gesichtspunkte haben wesentlich besonders während des Ruhrkrieges zu der französischen Separatistenpolitik geführt und zu gewissen Bestrebungen, die auf einen Auseinanderschlag des Deutschen Reiches gerichtet waren. Es muß leider festgestellt werden, daß gerade auch im Saargebiet eine gewisse Neigung festgestellt werden kann, unbewußt die französischen Separatistenpolitik Vorschub zu leisten.

So ergibt sich also unter Berücksichtigung der verschiedenen Gesichtspunkte, daß die Saarfrage, die nach Auffassung der Reichsregierung nach der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund keine Frage mehr sein darf, die zwischen Deutschland und Frankreich steht, zwar zu einer Entscheidung drängt, daß aber noch eine ganze Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden sind, bis man zu einer befriedigenden Lösung gekommen sein wird.

Die deutsch-französischen Verhandlungen und das Saargebiet.

Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben:

In Saarbrücken veranstaltet der Fachverband selbständiger Schreiner und Glaser im Saargebiet augenblicklich eine zweite saarländische Möbelmesse, die trotz vieler, besonderer Schwierigkeiten sich im Vergleich zu anderen sehr gut sehen lassen kann. Der „Saar-Freund“ kann auf die Bedeutung einer solchen Veranstaltung für das Handwerk des Saargebietes und darüber hinaus für die Wohnungskultur der Bevölkerung an der Saar usw. wohl nicht näher eingehen. Was ihn aber dabei vor allem interessieren wird, ist die Tatsache, daß die Regierungskommission des Saargebietes sich an der Eröffnungsfeier, die am Samstag, den 18. September, stattfand, ganz außfallend stark beteiligte und das, was dort gesagt wurde, soweit dem Gesagten eine politische Bedeutung beizumessen ist. Zu der Eröffnungsfeier hatten sich von den 5 Mitgliedern der Regierungskommission nicht weniger als 4 (Stephens, Kühmann, Morize und Bezenstki) eingesunden, und ihr Präsident, Herr Stephens, hatte sogar das Protektorat übernommen. In seiner Eröffnungsrede kam er nicht nur auf die Ausstellung und das, was unmittelbar mit ihr zusammenhängt, zu sprechen, sondern auch auf das Verhältnis der Regierungskommission zur Bevölkerung. Dabei sagte er u. a., wenn er sich trotz seiner starken sonstigen Inanspruchnahme mit großem Vergnügen bereit erklärt habe, das Ehrenamt eines Protektors zu übernehmen, so sei dies vor allem auch aus der Erwögung heraus geschehen, daß sich aus solcher Zusammenarbeit zwischen der Regierungskommission und den Organisationen des Handwerks ein Verhältnis ständiger persönlicher Fühlungnahme zwischen den Behörden und den Berufsständen ergeben möge.

Bei den nachfolgenden Ansprachen ging Malermeister Schmelzer-Saarbrücken, Mitglied des Saarlandesrats, der als Vorsitzender der Handwerkskammer sprach, auf die Anwesenheit der Regierungskommission ein und begrüßte ihr Erscheinen bei der Eröffnung der Messe mit großer Freude. Er bezeichnete diese Anwesenheit als einen außerordentlichen Fortschritt, den er besonders zu unterstreichen nicht unterlassen möchte. Mit Bewegung habe er vor einigen Tagen Briands Worte für den Frieden vernommen. Dass die Regierungskommission hier weile, sei vielleicht ein günstiges Zeichen dafür, dass Briands Worte Widerhall in der ganzen Welt gefunden hätten. Auch das saarländische Handwerk sei bereit, an der Verwirklichung des hohen Ziels des Völkerfriedens mitzuwirken. Es sehe dabei keinen Stolz darin, das Wort „Made in Germany“, das einmal eine schlechte Bedeutung haben sollte, zu einem Ehrentitel für seine Erzeugnisse zu machen.

Allgemein fiel es sehr stark auf, daß die Regierungskommission mit vier Mitgliedern vertreten war, weil es seit Einsetzen der Saarregierung durch den Rat des Völkerbundes im Jahre 1920 das erste Mal war, daß sie sich öffentlich in einer solchen Weise für saarländische Veranstaltungen interessierte. Bisher wurden selbst die wichtigsten und für die Verhältnisse an der Saar bedeutsamsten Veranstaltungen, ganz gleich von welcher saarländischen Seite sie ausgingen, kaum beachtet. Nur Herr Kühmann hat sich einige Mal bei solchen Anlässen als Vertreter bzw. Mitglied der Regierungskommission sehen lassen. So ist es denn nicht weiter verwunderlich, daß man über das jetzt gezeigte Interesse recht erstaunt ist und es Veranlassung zu mancherlei Deutungen gibt. Hierbei herrscht die Ansicht vor, daß die Vorgänge in Genf und Thoiry nicht ohne Rückwirkungen bei der Regierungskommission geblieben sind und man annehmen könne, daß sie nunmehr wahrscheinlich ernsthaft bestrebt sein werde, in engerer Fühlungnahme mit der Bevölkerung zu kommen. Als Begründung für diese Ansicht wird mit Nachdruck auch auf das Versprechen des Präsidenten Stephens, die Regierungskommission sei bereit, das saarländische Handwerk bei seinen Bestrebungen und in seinem schweren Existenzkampf zu unterstützen, hingewiesen.

Der Eindruck, den die Teilnahme der Regierungskommission macht, ist daher überwiegend ein guter, und vielfach wurden Worte freudiger Überraschung laut. Man ist hier besonders in dieser Beziehung ja so gar nicht verwöhnt. Im Gegenteil, es war so weit, daß die Bevölkerung gewissermaßen darauf gesetzt

war bzw. sein mußte, ihre eigene Regierung stets im Gegensatz zu ihren Interessen zu sehen, obwohl die Belange der Bevölkerung eigentlich selbstverständlich von Anfang an auch die der Regierungskommission hätten sein müssen, wie dies sonst in aller Welt ist und es der Saarregierung im Versailler Vertrag noch ausdrücklich zur Pflicht gemacht wird. Bei uns an der Saar aber war es seit 1920 anders und zwar so offensichtlich und planmäßig, daß es von manchem kaum für möglich gehalten wird, daß der jetzige Umschwung ehrlich gemeint und von Dauer sein kann. Was man hier in mehr als sechs Jahren durch die Regierungskommission immer wieder erleben mußte an herber Enttäuschung und bitterem Unrecht, hat sich so tief in die Seele der Bevölkerung eingeprägt, daß es namentlich bei dem Teil, der die großen politischen Zusammenhänge und Lebensnotwendigkeiten der Völker weniger kennt, sehr schwer fällt, daran zu glauben, daß Frankreich nun mehr aufrichtig bereit sei, seine Saarpläne aufzugeben. Man befürchtet ein „taktisches Manöver“ und will nicht früher frohlocken, bis hierzu wirkliche Tatsachen Veranlassung geben. Diese Kreise sehen daher auch der von der Regierungskommission in Aussicht gestellten engeren Fühlungnahme mit der Bevölkerung mit einem Mißtrauen entgegen. Sie lassen erkennen, daß sie befürchten, die Fühlungnahme werde nicht oder zum mindesten nicht in der Hauptsache aus Besorgnis um das Wohl der Bevölkerung erfolgen, sondern dahinter könne zum mindesten noch die Absicht stecken, die Bevölkerung einzuschläfern und auf den Standpunkt zu bringen, daß das Saargebiet eigentlich auch recht gut dabei fahren könne, wenn es auch in Zukunft eine eigene Regierung behalte.

Sehr stuzig ist man auch über die Aufnahme, die die Ausführungen Stresemanns auf der Veranstaltung der deutschen Kolonie in Genf in Frankreich und namentlich bei den amtlichen Stellen Frankreichs gefunden hat, geworden. Wenn es in einer halbamtlichen Erklärung des Quai d'Orsay heißt, daß „es vollkommen eitel sei, angeglichen der kaum begonnenen deutsch-französischen Verhandlungen schon jetzt von einer Räumung des Saargebietes zu sprechen“ und für eine vorzeitige Räumung große finanzielle Vorteile für Frankreich — also Lösegelder — verlangt werden, so ist das eine Sprache und eine Einstellung, die erkennen läßt, daß man in Paris immer noch nicht begreifen will, daß es sich bei der Saarfrage in erster Linie um die Wiedergutmachung eines der Bevölkerung des Saargebietes zugesagten schweren Unrechts handelt — bei der Deutschen und Völker, die auf Unstand halten und die auf einen ehrlichen Namen Anspruch erheben, keinerlei Lösegeld erwarten, geschweige denn verlangen dürfen — und die Voraussetzungen, die für die Schaffung des Saarstatuts maßgebend waren (Sicherstellung der Kohlegewinnung an der Saar durch Frankreich und die angeblich im Saargebiet wohnenden 150 000 Saarfranzosen) entweder weggefallen sind oder sich als Schwindel erwiesen haben.

Es wird insgesessen befürchtet, daß der auch hier nicht mehr neue Gedanke der „Saar-Autonomie“ in irgendeiner Form wirksam zu machen versucht werden soll. Man rät daher zur Vorsicht und Wachsamkeit, sowohl gegenüber der Regierungskommission wie gegenüber den neuerdings geweckten Hoffnungen auf eine sehr schnelle Befreiung der Saar, und hält es für unbedingt erforderlich, daß auch weiterhin mit allem Nachdruck betont wird, daß die Bevölkerung des Saargebietes nur eine Lösung der Saarfrage will, nämlich die, die baldige, restlose Wiedervereinigung mit ihrem deutschen Vaterlande bedeutet. Sie will diese Lösung zunächst gewiß, weil sie deutsch ist, deutsch denkt und fühlt, wenn man will, also in ihrem eigenen Interesse. Aber nicht allein in ihrem eigenen Interesse, sondern auch im Interesse einer Beruhigung und Befriedigung Europas, die nicht kommen kann, solange man die rein deutsche Bevölkerung an der Saar in irgend einer Form daran hindert, mit dem Heimatlande zusammen zu kommen, von dem man sie widerrechtlich und unnatürlich weggerissen hat. Wer wirklich die Befriedung Europas will, muß daher zunächst dafür sorgen, daß die Rückkehr des Saargebietes zu seinem Mutterlande Tatsache wird.

Weshalb die Saarfrage liquidiert werden muß.

Die „Saarbrücker Zeitung“ schrieb kürzlich, der Saar-Scanal sei vielleicht das größte Hemmnis für den Frieden von Europa. Diese Aussicht erscheint vielleicht im ersten Augenblick etwas anspruchsvoll, wenn man in Betracht zieht, daß es sich um ein Gebiet von nur knapp 800 000 Menschen handelt. Die Frage des Rheinlandes und der Einigung über die Grenzen im Westen und Osten stehen mit Recht heute im Vordergrund der politischen Debatte, da ihre Lösung durch Locarno direkt in Angriff genommen wurde. In diesem Rahmen tritt die Saarfrage zunächst zurück. Betrachtet man jedoch die Saargebiete verhältnisse und ihre Entstehungsgeschichte unter dem Gesichtspunkt des viel zitierten neuen Geistes von Locarno, der unter so starker Betonung moralischer Triebkräfte allenthalben gerühmt wird, dann kann man nicht bestreiten, daß die Saarfrage eine moralische Frage aller erster Ordnung darstellt. Ohne den berühmten Saarbetrag Clemenceaus hätte es niemals zu der bis 1935 befristeten Loslösung des Landes von Deutschland kommen können.

Der Völkerbund verdankt sein erstes Kind einer niedrigen Lüge. Seine Herrschaft an der Saar, die im Landesrat kürzlich als die blödeste Autokratie bezeichnet wurde, baut sich also auf einer unsittlichen Grundlage auf. Die Lüge von den 150 000 Saarfranzosen steht der vielzitierten Kriegsschuldfrage von Bedeutung kaum nach, da sie wir heute wissen, für die Schaffung des gegenwärtigen Zustandes tatsächlich von entscheidender Bedeutung war. Der Saarbetrag ist längst entlarvt.

Man weiß heute auch, daß die berühmten Unterschriften, die zu einer angeblichen Adresse des Saargebietes an die französische Regierung missbraucht wurden, auf französisches Betreiben in lothringischen Ortschaften gesammelt waren, deren Bezeichnung irgendwie auf „Saar“ lautete. Der Völkerbundsrat, dem diese betrügerischen Zusammenhänge nicht unbekannt sind, sollte es auf die Dauer mit seinem Prestige nicht vereinbaren können, auf diese unmoralische Grundlage gestützt seine absolutistische Herrschaft im Saargebiet auszuüben.

Die Saarbevölkerung hat seit 5 Jahren außer unmöglichkeitlich zum Ausdruck gebracht, daß keine Hoffnung besteht, sie jemals freiwillig zu einer Stimmabgabe für die Beibehaltung der Völkerbundsherrschaft, geschweige denn für einen Anschluß an Frankreich zu gewinnen. Da die Reparationsverpflichtungen Deutschlands durch das Dawes-Abkommen vollständig sichergestellt sind und überdies die Produktion der zerstörten nordfranzösischen Kohlenzeichen ihren Friedensstand längst erreicht hat, besteht auch in wirtschaftlicher Beziehung keine Veranlassung mehr, die Saargruben als „Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich und als Anzahlung auf die von Deutschland geschuldeten vollen Wiedergutmachung der Kriegsschäden (Artikel 45 des Versailler Vertrages)“ länger in französischem Besitz zu lassen. Die Aussichten für eine Einigung in dieser Frage erscheinen heute um so günstiger, als das französische Interesse an dem Besitz der Saargruben angesichts ihrer sinkenden Rentabilität im letzten Jahre bedeutend geringer ist als zurzeit der Friedensverhandlungen, in der die gesamte Weltwirtschaft unter einem ausgeprochenen Kohlenhunger litt.

Wie die Frankenwährung sich im Wirtschaftsleben auswirkt.

Die „Frankfurter Zeitung“ hat einen Sonderberichterstatter an die Saar geschickt, um sich über die wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Gebiet zu informieren. Aus den bisher erfolgten Veröffentlichungen ist das nachstehende Bild, obwohl nicht ganz getreu dem Original nachgebildet, doch so interessant, daß es hier in dem Auszug der „Saar- und Oltzigt.“ wiedergegeben sei.

Das Saargebiet hat nacheinander erst die deutsche, dann seit der Einführung der Frankenwährung im Sommer 1923 die französische Inflation mitgemacht. Seine Industrie ist demgemäß, wie in allen Inflationsländern, gut beschäftigt. Eine Arbeitslosigkeit nennenswerten Umfangs gibt es an der Saar nicht. Bei einer Gesamtbelegschaft von rund 185 000 Arbeitern gibt es im Saargebiet zurzeit nicht mehr als 800 Unterstützungsempfänger. Einzelne Betriebe, so die Halberger Hütte, deren Gußeisenröhren hauptsächlich zu Kanalisationsarbeiten („Der Sieg des Wasserflosets“) sehr gesucht sind, haben ausgeprochenen Mangel an Arbeitskräften. Der befriedigenden Beschäftigung steht ein schlechtes Lohnniveau gegenüber. Die Preise sind, im ganzen genommen, niedriger als in Deutschland, aber höher als in Frankreich, dessen Bevölkerung offenbar noch nicht so gründlich wie das Saargebiet gelernt hat, „wertbeständig“ zu denken.

Im übrigen wird die sehr eigenartige Währungslage des Saarlandes dadurch gekennzeichnet, daß das Land zwar zum französischen Währungsgebiet gehört, von Frankreich aber währungspolitisch dem Inlande keineswegs gleichgestellt wird. Der französische Staat nimmt, so hat man es formuliert, die in der Inflation liegende Besteuerung auch an der Saar vor, aber an den Erträgen der Besteuerung wird das Saargebiet nicht beteiligt. Die Währungsverluste des Landes finden hier nicht die sonst übliche Milderung durch die Möglichkeit von Krediten in schwankender Währung. Die Kreditmöglichkeiten, die der französischen Wirtschaft gegeben sind, sind dem Saargebiet nur in sehr beschränktem Maße zugänglich. Das ist die eine Benachteiligung des Saargebietes. Die andere liegt darin, daß die Steuereinnahmen der Saarkommission vollständig oder doch ganz überwiegend bei französischen Banken angelegt werden. Die Wirtschaftskreise des Landes fordern die Abstellung dieser Benachteiligungen; dagegen gehen sie nicht so weit, die Rückkehr zur Mark — die das Ziel ist und bleibt — schon für den gegenwärtigen Augenblick zu erstreben. Die Rückkehr zur Mark würde, wenn sie vor der Stabilisierung des Franken erfolgt, dem Saargebiet, so befürchtet man, in doppelter Hinsicht Schwierigkeiten bringen. Für den Absatz nach Deutschland würde die Saar den Vorteil verlieren, den der Inflationsstand dem Export bietet. Gegenüber dem Inflationslande Frankreich aber würde das auf die Basis stabiler Währung gestellte Saargebiet mit seinen Waren einen noch schwereren Stand haben als bisher schon. Eine entscheidende Änderung würde diese Sachlage dann erfahren, wenn das Saarland zugleich mit der Einführung der Mark dem deutschen Zollgebiet wieder einverleibt würde. Indes ist die Auffassung der Industrie über diese Frage nicht ganz einheitlich. Ein hervorragender Industrieller sah mir auseinander, daß er für seine Person kein sachliches Hindernis für die

alsbaldige Wiedereinführung der Mark sahe. Das Gebiet würde dadurch ein wertbeständiges Zahlungsmittel erhalten; die zollpolitische Angleichung an Frankreich würde aber zur Folge haben können, daß die Preise weiterhin durch Frankreich bestimmt werden und niedrig bleiben; hierfür sei allerdings Bedingung, daß die Löhne ebenfalls dem niedrigen Preisniveau entsprechend, niedrig bleiben.

Die Arbeiter und Angestellten, als die Hauptopfer der schwankenden Währung, streben naturgemäß mit größerer Ungeduld der Mark zu. Sie erhoffen davon eine Angleichung an das höhere Lohn- und Gehaltsniveau Deutschlands; aber in erster Linie ist es, wenn man von dem nationalpolitischen Moment in diesem Zusammenhang absieht, doch wohl die Wertbeständigkeit, die sie zur Mark hinzieht. Eine gewisse eingeschränkte Wertbeständigkeit hat Rücksicht für die Zahlungen an seine Beamten bis herunter zum Meister (die Ausdehnung auf die gesamte Arbeiterschaft würde mit der Zugehörigkeit zum Arbeitgeberverband nicht verträglich sein) eingeführt. Die Bezüge der einzelnen Angestellten sind wertbeständig festgesetzt. Die Zahlung muß nach den gesetzlichen Bestimmungen in Franken erfolgen, aber der jeweilige Frankenbetrag wird nach dem Durchschnittskurs eines Monats berechnet. Es ist nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Arbeitnehmern, die an diesem Zahlungsverfahren teilnimmt; die große Masse trägt, so lange die Löhne und Gehälter auf dem alten Stande bleiben, das volle Risiko der Frankenentwertung. Wenigstens bis zum Tage der Zahlung; von diesem Tage an können sie sich gegen weitere Entwertung schützen, indem sie ihre Franken in Mark umtauschen. In dieser Hinsicht sind die Saarbewohner weit besser daran als es die Deutschen im übrigen Reich während der deutschen Inflation waren; damals bestand ja im großen und ganzen keine Möglichkeit des Umtausches der Papierscheine in wertbeständiges Geld. Freilich gewährt auch diese Umtauschmöglichkeit keine reine Freude. Die Arbeiter und Angestellten, die am 1. August ihre Franken in Mark umgewechselt haben, rechnen sich heute, nachdem inzwischen der Franken beträchtlich gestiegen ist, mit Wehmut aus, wieviel sie verdient haben würden, wenn sie diesmal ihre Franken behalten hätten.

★

Die Steuerlast im Saargebiet.

Unter den zahlreichen Klagen, die die Saarbevölkerung wegen ihrer Rechtslosigkeit gegenüber der Völkerbundsregion immer wieder vorbringt, spielt die Frage des Staatshaushaltes des Gebietes von jeher eine besondere Rolle. Die Regierungskommission ist nämlich in bezug auf die öffentliche Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft des Saargebietes mit absoluter Machtvollkommenheit ausgestattet. Die Entrichtung der Bevölkerung geht in dieser Beziehung so weit, daß sie nicht einmal gutachtlisch über den Etat gehört wird, sondern lediglich nachträglich von ihm Kenntnis zu nehmen hat. Infolgedessen besteht im 20. Jahrhundert der einzigartige Zustand, daß eine hochkultivierte Bevölkerung in Europa wie ein Kolonialstamm dazu verurteilt ist,

nach dem Gutdünken einer fremden Regierung Abgaben zu entrichten, ohne auf den Umfang und die Art dieser Abgaben oder die Verwendung der eingegangenen Gelder irgendwelchen Einfluss auszuüben. Diese skandalösen Verhältnisse sind ohne Zweifl unvereinbar mit dem von dem Völkerbund proklamierten Selbstbestimmungsrecht der Völker. Im Zeichen von Locarno sollte man nicht länger zögern, der Saarbevölkerung endlich das selbstverständliche Recht zu geben, bei der Verteilung ihres Geldbeutels mitzureden.

Wie in der letzten Landesratssitzung mitgeteilt wurde, beträgt die jährliche Steuerlast im Saargebiet pro Kopf der Bevölkerung 180 Goldmark, also 8 M. mehr als im Reich, obwohl das Saargebiet auf Grund des Versailler Vertrages von den Reparationslasten des übrigen Deutschland befreit ist. In welchem Geiste die von dem Völkerbund eingesetzte Regierungskommission (die in Mehrheit immer noch unter französischem Einfluss steht) diese Gelder verwendet, dafür nur eine Probe: Für die Förderung des facultativen französischen Unterrichtes wurde der Aufwand von 28 000 Franken im Etat 1924 auf 120 000 Franken im Etat 1925 erhöht. Für Schulbüchereien dagegen stehen für das ganze Saar-

gebiet 1925 nur 15 000 Franken zur Verfügung. Das Turnwesen bedachte die Regierungskommission im Jahre 1924 mit einer Summe von sage und schreibe 300 Franken, die im Etat von 1925 sogar vollständig gestrichen wurden. Diese Zahlen sprechen deutlich von dem Geist, in dem die Regierungskommission ihre treuhänderische Verwaltung heute noch ausübt.

Die außerordentlich gedrückte Lage der staatlichen Lohn- und Gehaltsempfänger des Saargebiets könnte ganz bedeutend verbessert werden, wenn die französischen Saargruben den Anteil zur Besteitung des Saargebietshaushaltes übernehmen, zu dessen Ausbringung sie durch § 13 des Saarstatutes verpflichtet sind. Die Regierungskommission hat jedoch auch in diesem Falle ohne Mitwirkung der Bevölkerung eine Vereinbarung mit der französischen Regierung getroffen, derzufolge das Steuer-Soll der Saarbevölkerung etwa auf die Hälfte des Betrages festgesetzt wurde, den Frankreich nach sachverständiger deutscher Ansicht in Ausführung des Versailler Vertrages zu entrichten hätte. Der zugunsten des französischen Fiskus entstandene Fehlbeitrag wird von der Saarbevölkerung aufgebracht, die auf diese Weise eine indirekte Reparationszahlung zu leisten hat.

Die Frage des wertbeständigen Lohnes im Saargebiet.

Von Ewald Sommer, Saarbrücken.

Das Saargebiet durchlebt eine zweite Inflation. Es ist diesesmal der französische Franken, die „stabile“ Note mit dem Bilde der „behelmten“ Frau, die ja bekanntlich nach Auffassung französischer Saarpolitiker dieses Industriegebiet nach Frankreich hinführen sollte, der von der „Inflationskrankheit“, deren Erregerbezirk wissenschaftlich eindeutig noch nicht festgestellt, befallen wurde. Die heutige Inflation wirkt sich im Saargebiet katastrophaler aus als die Markinflation, weil von der Marktrise nur mehr ein Teil der Saarbevölkerung erfasst wurde, dafür aber um so schlimmer, während die Frankeninflation die ganze Bevölkerung in Mitleidenschaft zieht. Der 1920 bis 1923 in der Bevölkerung aus politischen Gründen künstlich geschaffene Gegensatz hat heute einer gemeinsamen Front der Not und des Elendes Platz gemacht.

Gewißig durch die während der Markinflation im Reich und Saargebiet gemachten Erfahrungen, versuchen schon allein aus Selbstbehaltungsgründen die Lohn- und Gehaltsempfänger des Saargebiets sich den Folgen der verheerenden Inflation zu entziehen. Während nun die Gehaltsempfänger, besonders soweit die Staatsbeamten in Frage kommen, alle Hilfe vom deutschen Reich erwarten und teilweise höchst ungehalten sind, wenn die Arbeitnehmer des Saargebiets in Konsequenz die gleiche Hilfe verlangen, versucht vorläufig die Arbeiter- und Angestelltenchaft sich selbst zu helfen und verlangt von der Wirtschaft des Saargebiets ausreichende Löhne.

Im Vordergrunde steht heute der Ruf nach wertbeständigen Löhnen.

Dieser „wertbeständige“ Lohn wird nun aber sehr stark variiert. Eine einheitliche Auffassung über das, was eigentlich gewollt ist, besteht nicht. Dies muß klipp und klar ausgesprochen werden.

Diese „Wertbeständigkeit“ oder „Wertsicherung“ des Lohnes oder gar Goldlohn selbst, kann aber nicht losgelöst werden von dem ganzen Wirtschaftsbilde des Saargebiets. Und hier beginnen die Schwierigkeiten. Handelte es sich nur um eine Frage der Art der Währung, in der der Lohn gezahlt werden sollte, wären die Dinge leicht zu meistern. Das Problem aber liegt viel tiefer. Offiziell berührte bekanntlich der „Friedensvertrag“ die Währungsfrage im Saargebiet nicht, nur so ganz nebenläufig war der Satz eingestreut, „dass dem Umlauf des französischen Franken keine Schwierigkeiten gemacht werden dürfen“. Diese Bestimmung aber nützte schon im Sommer und Herbst 1921 erst Bergbau und dann Schwerindustrie aus, um die Arbeiterschaft dieser Industrien in Franken zu entlohen. Die Begleiterscheinungen dieses Zustandes, dass ein Teil der Bevölkerung in Franken und der andere in Papiermark, die sich von Woche zu Woche und schließlich zum Schluss des Jahres 1923 von Stunde zu Stunde verschlechterte, brauchen heute nicht mehr geschildert zu werden. Sie sind noch genügend bekannt; jedenfalls will die Bevölkerung diesen Zustand ein zweites Mal nicht mehr mitmachen. Nun hätte weder das Vorgehen von Bergbau und Schwerindustrie, noch die „offizielle“, wenn auch ungesetzliche Einführung des Franken als „gesetzliche Währung“ (der Landesrat wurde bekanntlich nicht gefragt) durch die Regierungskommission denselben im Saargebiet noch nicht einmal bis zum heutigen Tage halten können, wenn nicht der „Friedensvertrag“ die Eingliederung des Saargebiets ab 1925 in das französische Wirtschafts- und Zollsystem vorgesehen hätte.

Diese „vertraglich“ zulässige wirtschaftliche Loslösung des Saargebiets vom deutschen Wirtschafts- und Zollgebiet und Eingliederung in das französische Wirtschaftssystem unter den bestehenden Verschiedenheiten der Währungen — dort stabile Goldwährung, hier schwankende Papierwährung — ließ sogar zeitweise und vielleicht auch noch heute in gewissen Wirtschaftskreisen die Meinung vorherrschen, dass der französische Franken zurzeit immer noch die gegebene Währung für das Saargebiet sei.

Als Hauptargument für diese Auffassung wird hingestellt, dass ein Nebeneinanderlaufen zweier Währungen in einem geschlossenen von Zollgrenzen umgebenen Wirtschaftsgebiet unmöglich sei. Besonders wo es sich um stabile Gold- und schwankende Papierwährung handelt. Angenommen, das Saargebiet ginge zur Goldwährung über, dann sei die gesamte, für den Export arbeitende Saarindustrie, und wäre dies die Gesamtheit derselben, gegenüber der immer noch, wenigstens vorläufig in Papierwährung arbeitenden französischen Industrie nicht mehr konkurrenzfähig. Dies um so mehr, als ja bekanntlich die Saarwerke nicht mehr selbstständig, sondern nur noch Anhänger der französischen Trusts und Konzerne sind. Die Folge wäre, dass der ganze Innenmarkt des Saargebiets sich auch auf Goldpreise umstellen würde, das insoweit der gegenüber der Papierwirtschaft zu hohen Gestaltungskosten der Saarwerke von den „maßgebenden“ französischen Kapitalistengruppen geschlossen würden und eine riesige Arbeitslosigkeit das Saargebiet treffen müchte.

Wenn auch diese Theorie auf den ersten Anblick vieles für sich hat, darf dabei aber nicht vergessen werden, dass der deutsche Inlandsmarkt als Absatzgebiet für das Saargebiet, dank des Entgegenkommens des Reiches, nicht verschlossen ist, sondern dass die Zollstundungen einen fast ungehinderten Absatz nach dem Reich zu Goldmarkpreisen zulassen.

Solang der Franken, wenn auch stark entwertet, einigermaßen stabil war, traten die Schädigungen der Inflation weniger stark in den Vordergrund. Die letzten Monate aber haben darin eine Wendung gebracht und heute wird allgemein der Ruf nach einer festen Währung erhoben. Und so ergeben sich oft sehr sonderbare Auffassungen seitens der einzelnen Interessengruppen.

Bergbau und Industrie sind wohl für Verkauf ihrer Produkte in wertsicherer Währung, aber gegen eine Entlohnung ihrer Arbeiter nach demselben Grundsatz.

Das Handwerk verlangt ebenfalls durch seine Organisationen unter Hinweis auf lange Zahlungsfristen, die dem Auftraggeber zugebilligt werden müssen, das Steigen der Rohprodukte usw. wertgesicherte Rechnungen, um liebstens in Goldmark. Vom Handel kann das gleiche gesagt werden, auch er weist hin auf Kreditschwierigkeiten, Entwertung der Lager, Unmöglichkeit der Ergänzung der Warenbestände durch die Geldentwertung u. a. m.

Aus all den Entwicklungen, Berichten, Anträgen usw. geht hervor, dass besonders Handwerker, Handel und Gewerbe sich den Folgen der Inflation so schnell wie möglich entziehen wollen. Dagegen fehlt ein einheitliches Vorgehen der verschiedensten Wirtschaftsgruppen, besonders die so notwendige Fühlungnahme mit der Arbeiterschaft. Dies löst natürlich in der Arbeiterschaft die nicht unbegründete Befürchtung aus, dass, soweit es die Konkurrenz zulässt, wohl nicht gerade Goldmark als Warenpreise

verlangt wird, wohl aber die Preise dem Goldmarkstand angepaßt werden. Wie gesagt, nicht mit Unrecht wird diese Befürchtung geäußert, denn vom Juni 1923 stieg der Dollarkurs gegenüber dem französischen Franken um 153,12 Prozent, während die Teuerung um 164,46 Prozent stieg. Also nicht nur ein vollständiges Anpassen der Preise an den Goldstandard, sondern sogar ein stärkeres Anziehen derselben. Die Löhne aber stiegen in demselben Zeitraum in den Hauptwirtschaftsgruppen nur um:

im Bergbau	65,45 Prozent
in der Hüttenindustrie	136,10 Prozent
in der weiterverarbeit. Eisenindustrie	151,63 Prozent

Die prozentuale Steigerung des Lohnes der in der Hütten- und Metallindustrie beschäftigten Arbeitnehmer ist zwar höher als im Bergbau, bleibt aber auch in der Hüttenindustrie um 28,36 Prozent, in der weiterverarbeitenden Eisenindustrie um 12,73 Prozent gegenüber der Steigerung der amtlichen Teuerungszahlen zurück.

Hierbei ist zu bedenken, daß der Lebensstandard der Hütten- und Metallarbeiterchaft, insbesondere der in der weiterverarbeitenden Eisenindustrie Beschäftigten, welche bis zur Währungsübersetzung in Papiermark entlohnt wurden, bereits im Juni 1923 nicht nur ein außerordentlich schlechter, sondern damals bereits fast ein unhaltbarer war.

Angesichts dieser Entwicklung ist der Wunsch der Arbeitnehmerschaft nach Wertsicherung ihres Lohnes verständlich. Wiederum haben wir im Saargebiet den Zustand, daß nicht der Wert der vom Arbeitnehmer geleisteten Arbeit ausschlaggebend ist für dessen Lebenshaltung, sondern der jeweilige Kursstand des Franken, der die Preise beeinflußt. Aus diesem Zustand will die Arbeitnehmerschaft heraus.

Als erste haben die Christlichen Gewerkschaften die Forderung nach einer Wertsicherung des Lohnes erhoben. Der Christliche Metallarbeiterverband hat in der allgemein Beachtung gefundenen Bezirkskonferenz Ende Juni dieses Jahres in einer stark beachteten Entschließung die Berechnung der Löhne auf wertsicherter Grundlage verlangt. Die Freien Gewerkschaften schlossen sich später dieser Forderung an.

Nun bestehen aber auch gerade in Arbeitnehmerkreisen die verschiedensten Auffassungen über diese wichtige Frage. Die primitivste ist wohl die, daß man einfach sagt, „es muß an Stelle in Franken, der Lohn in Goldmark gezahlt werden“. Leider liegen die Dinge heute nicht mehr so einfach wie damals, als Deutschland aus politischen Gründen das Saargebiet mit allem zu billigen Preisen versorgte. An einer solchen Versorgung hat Frankreich nicht das geringste Interesse, denn es will im Saargebiet Geld verdienen, aber nichts hineinstellen. Hinzu kommt,

einmal Goldmarklohnzahlung vorausgesetzt, daß sofort Handel und Handwerk sich auf diese Goldlöhne umstellt und wir deutsche Inlandspreise hätten, wobei noch lange nicht feststeht, daß die deutschen Goldlöhne im Saargebiet bezahlt würden.

Erste Voraussetzung zur Zahlung der deutschen Goldlöhne ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Umänderung des Vertrages von Versailles, die Lösung des Saargebietes aus dem französischen und die Einführung in das deutsche Zoll- und Wirtschaftsgebiet. Bis zu diesem Zeitpunkte, und sei er noch so nahe, kann und will die Arbeitnehmerschaft des Saargebietes nicht warten. Es müssen und können daher andere Wege gegangen werden, die zu dem Ziele, der Arbeitnehmerschaft zu helfen, führen. Die Nominalsumme des Lohnes muß vorausseilend den realen Bedürfnissen entsprechen. Denn in der Vergangenheit zeigt es sich, daß der Lohn- und Gehaltsempfänger am schwersten unter einer Inflation leidet.

Darum muß der reale Wert des Lohnes so gesichert sein, daß der Nominalbetrag diesem Bedarf automatisch folgt. Diese Regelung hat wenig mit „gleitenden“ Löhnen zu tun, da nicht allein die jeweils geltende Teuerungszahl, sondern der Goldwert des Franken und die Leistungsfähigkeit der Industrie unter Berücksichtigung ihrer Absatzgebiete usw. mit in Rechnung gestellt werden muß.

Gerade das letztere ist mit einer der Hauptpunkte. Nicht nur allein der Bergbau verkauft einen Teil seiner Förderung zu Valutapreisen, sondern vor allem die saarländische Schwerindustrie. Die deutschen Zollstundungen halten den deutschen Markt offen, erhebliche Gewinne macht die Industrie am deutschen Geschäft. Hinzu kommen Verläufe zu Goldpreisen nach valuta starken europäischen und überseeischen Ländern. Die weiterverarbeitende Eisenindustrie ist in derselben Lage. Sogar im Saargebiet tätigt diese ihre Abschlüsse, wie übrigens auch die Schwerindustrie, nur noch wertbeständig.

Es sind also alle Voraussetzungen vorhanden, ohne auf die grundsätzliche von außenpolitischen Ereignissen abhängige Generalregelung der Saarverhältnisse zu warten, auf lohnpolitischem Gebiete die von der Arbeitnehmerschaft geforderte Sicherung ihres Lohnes gegen Geldentwertung eintreten zu lassen. Erste Voraussetzung ist natürlich, daß der jetzt gezahlte, geradezu lärgliche Lohn der heutigen Teuerung angepaßt und von dieser Grundlage aus aufgebaut wird. Bedeutet auch diese Regelung nicht das Ende aller Not, so doch wenigstens eine Verbesserung des bisherigen Zustandes, der zwangsläufig zur Katastrophe führen muß und eine Bevölkerung von über dreiviertel Millionen deutscher Menschen in den Abgrund reißt.

Vor allem aber nochmals „Rückkehr nach dem Reiche“.

Französisch-politische Justiz?

Mishandlung eines Saarländers auf französischem Boden durch einen französischen Gendarmen. Unschuldig in Haft! — Was sagt die Regierungskommission?

(Infolge Stoffandranges zurückgestellt.)

Ein recht bedenklicher Fall der französischen Justiz hält die Gemüter in Bisten in großer Erregung, zumal er geeignet ist, bravon, unbescholtene Einwohner dieser Gemeinde schweres Leid und große Ehrenkränkung zuzufügen.

Es handelt sich um folgenden Fall. Am Freitag, dem 5. Juni (dem Abschlagszahltage), vormittags, in der Zeit zwischen 5.50 und 6 Uhr, wurde betrügerischerweise auf das Lohngehalbten des Bergmanns Philipp Eisenbarth aus Bisten der Betrag von 300 Frs. abgehoben. Der Betrüger hatte den für die Zahlung erforderlichen sogenannten Bon mit der Unterschrift des Reviersteigers versehen, dem Zahlmeister der Grube vorgezeigt und erhielt anstandslos den Betrag von 300 Frs. ausgehändigt. Am gleichen Tage fand sich der wirklich empfangsberechtigte Philipp Eisenbarth mit dem sogenannten Bon zur Empfangnahme seines verdienten Lohnes bei dem Zahlmeister ein. Hier wurde ihm eröffnet, daß sein Lohn bereits abgehoben sei. Eine sofortige Anfrage des E. bei dem Reviersteiger, ob dieser zweimal den für die Zahlung notwendigen Bon ausgestellt habe, verneinte dieser. Der Steiger ging mit dem Ph. Eisenbarth vom Schacht zur Kasse und da stellte sich heraus, daß es sich um einen Bon handelte, auf dem die Unterschrift des Steigers gefälscht war, und irgend ein Gauner bei dem Kassierer der Grube den Betrag von 300 Frs. sich erschwindet hatte.

Am 8. Juni wurde Philipp Eisenbarth, der Empfangsberechtigte des Lohnes, unter der Anschuldigung verhaftet, daß er die Unterschrift gefälscht habe, und sein Bruder Nikolaus Eisenbarth, der ebenfalls in Kreuzwald arbeitet, das Geld in Empfang genommen. Beide wurden verhaftet.

Nikolaus E. mußte zunächst auf der Markenkontrolle eine Schriftprobe abgeben und zwar vormittags gegen 8 Uhr. Inzwischen wurde N. E. von dem französischen Gendarmen unter besondere Fälligkeit genommen. Dieser Vertreter der bewaffneten Macht scheint zu glauben, man könne das Recht durch Gewalt suchen und auch finden. Der Herr Gendarm mishandelte den 21jährigen Nikolaus E. Er schlug ihm mit der Hand dreimal an das linke Ohr, daß er gegen einen Schrank stieg und sich außerdem in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Am 11. Juni 1926 wird auf dem Krankenschein Nr. 2139 von dem behandelnden Arzt, Dr. Marx-Saarlouis, festgestellt, daß Nikolaus E. „frische Trommelfellzerreizung links mit hochgradiger Schwerhörigkeit“, arbeitsunfähig sei, und weiter wird ihm Ruhe vorgeschrieben.

Diese Brutalität des Gendarmen gegen einen wehrlosen jungen Menschen verdient niedriger gehängt zu werden. Woher nimmt der Vertreter der öffentlichen Sicherheit das Recht, einen Saarländer auf französischem Boden zu mishandeln und zwar so, daß er einen schweren körperlichen Schaden davonträgt? Ist die Regierungskommission bereit, sich dieses Falles anzunehmen? Will sie dafür sorgen, daß

1. Sühne für diese Schandtat und
2. voller Schadenersatz geleistet und
3. dieser Gendarm energisch zur Ordnung gerufen wird?

Die Bevölkerung erwartet sofortige Stellungnahme der Saarregierung und zwar öffentlich; sie erwartet weiter, daß bei der französischen Regierung wegen der Mishandlung eines Saarländers auf französischem Boden Schritte unternommen werden.

Nach dieser „Rechtsbelehrung“ durch den Mann des Stahlhelms wurde Nikolaus E. nochmals gegen Mittag von zwei französischen Geheimpolizisten vernommen und dann mangels Beweisen auf freien Fuß gesetzt.

Sein Bruder Philipp E. wurde jedoch in Haft behalten und nach dem Departements-Gefängnis in Mez abgeführt. Er wird beschuldigt, die Unterschrift gefälscht und auch das Geld abgehoben zu haben.

Diese Beschuldigung ist vollkommen hältlos. Es steht fest und kann durch 10 bis 12 eidliche Zeugenaussagen erläutert werden, daß Philipp E. das Geld gar nicht abgeholt haben kann. Denn

1. hat Philipp E. den Morgenzug zur Grube 5.20 Uhr nicht erreicht; er ist
2. sofort nach Bisten zurückgekehrt und hat
3. sofort sich bei einem Landwirt zur Arbeit verdungen.

Diese drei Punkte können und sind auch schon vor dem Untersuchungsrichter am 14. Juni 1926 vor dem Gericht in Mez durch mehrere Zeugen eidlich bestätigt worden. Trotzdem schenkte die französische Justizbehörde in Mez dem Grubenbeamten von Kreuzwald, der gegen Philipp E. einen Eid leistete, mehr Glauben, als verschiedenen Zeugen aus Bisten. Es hat den Anschein, als ob das Gericht 'n Mez hier aus nationaler Gegnerschaft das Recht beugt oder gar verleiht. Dieser Vorwurf muß vor aller Öffentlichkeit erhoben werden.

Wenn 10 bis 12 Zeugen unter Eid gegen einen stehen, liegt doch aller Wahrscheinlichkeit nach das Recht auf Seiten der 12!!! Der Inhaftierte ist unschuldig!!

Ein fingierter Brief.

Soll Beweismaterial gegen Philipp E. herbeigeführt werden?

Am 22. Juni 1926 erhielten die Eltern des unschuldig Inhaftierten einen von ihrem Sohne nicht selbst geschriebenen Brief, worin er mitteilt, daß der Rechtsanwalt Niles ihm einen von seinen Eltern geschriebenen Brief übergeben habe. Mystische An-

gelegenheit. Die Eltern des Inhaftierten behaupten, ihrem Sohn keinen Brief geschrieben zu haben.

Was hat dieser Brief für eine Bewandtnis ???

Erwartungen.

Man sieht der weiteren Entwicklung der Angelegenheit mit aufrichtiger Teilnahme für den unschuldigen, in Haft sitzenden jungen Mann entgegen. Die Anteilnahme ist um so größer, als es sich um einen jungen Mann handelt, der sich des besten Rufes in jeder Hinsicht erfreut und aus einer sehr achtbaren und braven Familie stammt. Die französische Justiz würde sich nichts vergeben haben, wenn sie angesichts der einwandfreien Bekundungen der Bistener Zeugen für die Unschuld des Beschuldigten ihm die Freiheit und Ehre wiedergegeben hätte. Der junge Mann schmachtet nun bereits über sechs Wochen hinter den Gittern des Kerkers, ohne jede Schuld. Es liegt uns fern, dem Beamten der Grubenkasse einen Vorwurf wegen seiner Aussage zu machen, die den jungen Mann so schwer belastet hat; wir sind überzeugt, daß sie auf Gutgläubigkeit durchaus beruht. Wir möchten aber doch zu bedenken geben, sich doch darüber klar zu sein, daß, wenn ein halbes Dorf gegen die Zeugenaussage eines einzigen Grubenbeamten steht, der Beschuldigte freizulassen ist und der Eid des Grubenbeamten ein Irrtum sein muß!

Schon aus moralischen Gründen muß der Beamte die Konsequenzen ziehen und das seine unverzüglich dazu beitragen, damit der junge Mann sofort aus der Haft entlassen wird. — Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, den Philipp E. zu verurteilen, auch wenn der Beamte bei seiner Behauptung bleibt. Das mindeste, was man der eidlichen Aussage von etwa 15 Zeugen, die gegen eine einzige Behauptung steht, beimesse muß, ist der Zweifel an der Richtigkeit der einen eidlichen Aussage. Und schon allein der Zweifel an der Schuld zwingt zur Freisprechung! — Man übt hier doch menschliche Rücksicht und beraubt einen Schuldlosen nicht noch länger der Freiheit. Die Erregung über diese Sache in Bisten ist groß, und man hofft dringend, daß diese Angelegenheit ihre gerechte Regelung unverzüglich finden wird.

Unwürdige Behandlung deutscher Angestellten der Saargruben.

Die Fachgruppe Bergbau des Gesamtverbandes deutscher Angestelltengewerkschaften nahm in einer in Saarbrücken veranstalteten Versammlung Stellung gegen die unwürdige Behandlung der Beamten und Angestellten durch die französische Grubenverwaltung und gegen die Nichtehaltung reierlich gegebener Versprechen. Der Vorsitzende des Verbandes deutscher Techniker stellte fest, daß sich bei Übernahme der Saargruben durch den französischen Staat wohl niemand gefunden haben würde, der bereit gewesen wäre, in französische Dienste einzutreten, wenn er gewußt hätte, daß die rechtsverbindlich abgegebenen Versprechungen von dem französischen Staat nicht gehalten würden. So wie bisher gehe es auf die Dauer unmöglich weiter.

Landesratsabgeordneter Kratz erstattete sodann ein ausführliches, mit starkem Beifall aufgenommenes Referat über die Lage. Er protestierte dagegen, daß die Geschichte der Arbeitnehmer in den Saargruben eine Leidensgeschichte, eine Geschichte nicht gehaltener Versprechungen geworden sei. Das Saargebiet sei heute tatsächlich das Armenhaus des Völkerbundes, dessen Hauptleidtragende sich unter den Arbeitnehmern der französischen Saargruben befinden. Trotz schriftlicher Zusagen, daß die Lage der Bergbaubeamten und Angestellten verbessert werden sollte und daß die erworbenen Pensionsansprüche in vollem Umfang erhalten bleiben, betrügen die Bezüge nur 40 Prozent der den Kollegen im Deutschen Reich bezahlten Gehälter, während die Pensionsen nur 25 bis 30 Prozent ausmachten. Auch die von dem französischen Minister für öffentliche Arbeiten im Dezember 1925 gemachte Zusage, daß die Teuerungsziffer der Stadt Saarbrücken für die jeweilige Gehaltsfestlegung verbindlich sein soll, sei nicht eingelöst worden. Viele Angestellte seien außerstande, trotz 9- bis 11stündiger angestrengter Tätigkeit ihre Familien durchzubringen und gerieten in immer tiefere Verschuldung. So habe sich der Verband schließlich genötigt gesehen, mit der Bitte um Hilfe an die deutsche Regierung heranzutreten. Nach einem Referat des Geschäftsführers der Bureauangestellten wurde nachfolgende Entschließung angenommen:

1. Die Versammlung erhebt schärfsten Protest gegen die seit Mai d. J. wieder auf dem Wege des Diktats erfolgte Gehaltsregulierung, gegen die Auswaltung und Miachtung der beauftragten, freigewählten Berufsvertretung und die sich daraus ergebende Verweigerung des Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechtes bei der Gestaltung der Gehalts- und Dienstverhältnisse.

2. Die Versammlung protestiert ebenso entschieden gegen die unzulängliche Höhe der diktirten Gehalts-

bezüge, die in keiner Weise der Entwicklung der Lebenshaltungskosten entspricht. Sie fordert die Einhaltung der Versprechungen vom Juli 1919, daß die Lage gesichert und gebessert werde, vom Juli 1920, daß durch die Frankenbezüge keine Verschlechterung der Angestellten eintrete, vom 1. 12. 1925, daß die Gehälter möglichst schnell der durch die Mehrzahl der Stadt Saarbrücken festgestellten Teuerung angepaßt werden sollen und stellt fest, daß keines dieser Versprechen eingehalten wurde und die Kaufkraft der Gehälter sich in unerträglicher Weise verringert hat. Not und Elend, Verschuldung und Entbehrung besonders bei kinderreichen Familien und Krankheiten sind in bisher nie gekanntem Umfang ständige Gäste bei den Grubenangestellten trotz schwerster Pflichterfüllung, Überstunden und Sonntagsarbeiten geworden.

3. Die Versammlung protestiert gegen die weitere Einbehaltung des ungerechten und größten Härtens und Erhöhung auslösenden Systems des wahlweise Verleihens von Dienstaltersstufen und verlangt erneut und dringend die obligatorische Abkürzung der Aufrücksfristen von drei auf zwei Jahre. Fortfall der beiden untersten Gehaltsstufen und Beifügung zweier weiterer Gehaltsstufen für die unteren Angestellten. In keinem Staats- oder Privatbetrieb ist die Frist bis zur Erreichung des Höchstgehaltes auch nur annähernd so lang, als die Aufrücksfrist bei den Saargruben.

4. Die Versammlung fordert möglichst baldige Umgestaltung und wesentliche Erhöhung der pensionsfähigen Grundgehälter, Verdoppelung der sozialen Zulagen sowie monatliche Auszahlung der Gratifikationen.

5. Die Versammlung fordert für alle angestelltenversicherungspflichtigen Personen im Bergbau das reine Angestelltenverhältnis. Durchführung der Angestelltenversicherungspflicht nach Maßgabe des für die Reichsversicherung für Angestellte geltenden Berufsgruppenverzeichnisses vom 8. März 1924 sowie baldigstmögliche Anstellung aller Bergschulabsolventen.

6. Die Versammlung erucht die Generaldirektion um möglichst umgehende Verhandlungen über vorstehende Punkte und deren gerechte Berücksichtigung. Die Verhandlungen sind notwendig, soll nicht die Angestelltenenschaft wirtschaftlich ruiniert, der Betrieb durch zwangsläufig eintretende Minderung der Arbeitskraft, der Berufssfreudigkeit und des Betriebsinteresses gleichfalls leiden.

7. Zu den bevorstehenden Änderungen der Satzungen der Angestelltenabteilung des Saarknappschafstvereins fordert die Versammlung in erster Linie den Ersatz des ungerechten und allen Versicherungsgrundsäzen wider sprechenden Berufsklassen systems durch ein Gehaltsklassensystem, dann möglichste Anpassung an die Bestimmungen des Reichsknappschafstgesetzes, Anrechnung der früheren Mitgliedszeit in der Angestelltenversicherung auf die Leistungen der

B-Klasse, soweit bergbauliche Tätigkeit vorliegt, wesentliche Erhöhung der Leistungen, Fortsetzung der Witwen- und Waisenpension auf 60 Prozent und 20 Prozent der Mitgliederpension unter Einschaltung einer Mindestsumme für geringe Mitgliedszeiten. Ferner fordert die Versammlung Anrechnung der Gesamtzeit der angestelltenversicherungspflichtigen Beschäftigung im Bergbau nach den Leistungen der B-Abteilung.

Mosel- und Saarkanalisation.

Von Dr. Kreuzkam - Berlin.

Die Bestrebungen nach Kanalisation der Mosel und der Saar befinden sich im wesentlichen auf dem vor etwa einem Jahre* dargelegten Stande. Danach erscheint dem Reichsverkehrsministerium die Durchführung der Mosel- und Saarkanalisation bei der gegenwärtigen ungünstigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands nur möglich in Verbindung mit der Ausnutzung der Wasserkräfte. Wenn sich die Verhältnisse auch inzwischen zu ungünstigen der Finanzierung der Wasserstraßen durch den Ausbau von Wasserkräften verschoben haben, insofern die Anlagekosten und die Arbeitslöhne erheblich gestiegen, die Kohlenpreise dagegen gesunken sind, so kann immerhin auf diesem Wege am besten das Baukapital unter Heranziehung der Hauptinteressenten zusammengetragen, die Inangriffnahme der Arbeiten am ehesten gewährleistet und so wenigstens der stufenweise Ausbau der Wasserstraßen erreicht werden.

Selbstverständlich kann es sich nur darum handeln, daß den Interessenten der Ausbau der durch ihre Kraftausbeute besonders wirtschaftlichen Staustufen überlassen wird. Dabei kommt an der Mosel die Staustufe bei Coblenz (am Gänseförlchen) und in der Saar die Staustufe bei Serrig in Frage. Hauptinteressenten sind bei der erstenen die Stadt Coblenz und die Bürgermeisterei Coblenz-Land, bei der letzteren die Gesellschaft „Kraftversorgung der südlichen Rheinprovinz und angrenzender Gebiete G. m. b. H.“. In beiden Fällen wird das Reich als Eigentümer der Wasserstraßen und zur Wahrung der Schiffsinteressen mitwirken. Ob und inwieweit Preußen zur Wahrung der Interessen an der Elektrizitätswirtschaft sich beteiligen wird, ist noch ungewiß, aber wahrscheinlich; denn, wie bekannt, nimmt die preußische Regierung neuerdings an der Elektrizitätswirtschaft erhöhtes Interesse.

Die Vorarbeiten für die Ausnutzung der beiden Staustufen Coblenz und Serrig sind schon seit langer Zeit im Gange; die vorliegenden Entwürfe werden aber im Interesse möglichster Erhöhung der Rentabilität einer Neuarbeitung unterzogen, und zwar soweit es sich um die Staustufe Coblenz handelt, durch die Rheinstrom-Bauverwaltung in Coblenz und, soweit die Hochstufe Serrig in Frage kommt, durch die erwähnte Gesellschaft „Kraftversorgung der südlichen Rheinprovinz und angrenzender Gebiete G. m. b. H.“, an der auch die Stadt Trier beteiligt ist. Die beiden Staustufen versprechen tatsächlich nach übereinstimmender sachverständiger Ansicht bei Aufwendung verhältnismäßig geringer Mittel den größten Nutzen. Bei ihrem Ausbau sollen einstweilen nur die Schiffsanlagen geschaffen werden, die für die bestehende Schifffahrt ausreichen; die Gesamtanlage ist aber so geplant, daß jederzeit die Schleusen für die Großschiffahrtsstraße eingebaut werden können.

An Bedenken gegen die Verquidung der Schiffsverkehrsbewegung mit der Wasserstraßenausnutzung, die in Süddeutschland (Baden, Bayern und Württemberg) die Regel bildet, in Norddeutschland dagegen nur vereinzelt vorkommt, fehlt es freilich nicht, weder vom Standpunkte der Schifffahrt noch vom Standpunkte der Wasserstraßenausbeute. Es darf aber wohl angenommen werden, daß dabei die Belange der Großschiffahrt bevorzugte Berücksichtigung finden. In einem Aufsatz über „Die Kraftanlage Serrig an der Saar“ in der „Deutschen Wasserwirtschaft“ Nr. 6 vom 20. Juni 1924 führt Reg.-Baumeister a. D. Jung-Trier aus:

„Die seit Jahren bestehenden Pläne des Anschlusses des Saarkohlen- und Industriegebietes an die preußischen Wasserstraßen durch Kanalisation von Mosel und Saar beeinträchtigen den technisch und wirtschaftlich günstigen Ausbau der Wasserkräfte der Saar insofern, als die Rücksichtnahme auf die Belange der geplanten Großschiffahrt, Einbau von Schleusen in dem engen Tale dazu zwingen, die Staustufen an Stellen anzulegen, die keineswegs ideal für den Wasserstraßenbau genannt werden können.“

Im übrigen haben sich die Aussichten für den Ausbau der Wasserwege in letzter Zeit zweifellos gebessert. Es braucht nur an die Bereitstellung der Mittel für die Fortführung des Mittel-

landkanals erinnert zu werden, wobei das Reich und die beteiligten Länder anteilig mitwirken. Weiter an die Notslandsarbeiten an der Strecke Hannover, Peine, am Ihle-Plauer-Kanal und am Oder-Spree-Kanal, schließlich an das vom Reich aufgestellte Arbeitsbeschaffungsprogramm, wobei wiederum der Ausbau von Wasserwegen (der Kanal Hamm-Lippstadt, Campe-Dörpen (Küstenkanal) eine nicht unbedeutende Rolle spielt.

Die Mosel- und Saarkanalisation ist sozusagen von Natur wie Geschichte vorgezeichnet und unter den schwierigen Wasserstraßenprojekten nicht nur eins der rentabelsten, sondern im Gesamtinteresse auch eins der wichtigsten; die Hauptaufgabe, die die zu kanalisierende Mosel und Saar zu erfüllen haben, ist die Schaffung einer leistungsfähigen Wasserstraße zwischen dem größten deutschen Kohlenbeden in Niederrheinland-Westfalen und dem Saarrevier sowie den reichen Erzlagerstätten in Frankreich, Luxemburg und dem Meere.

Diese Verbindung wird wesentlich zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Eisenindustrie auf dem Weltmarkt beitragen. Der größte Nebenfluss der leistungsfähigsten Wasserstraße des europäischen Kontinents führt in die Hauptteile des südwestdeutschen Industriegebietes. Mit der Entwicklung der südwestlichen Eisenindustrie hat die Frage einer Verbindung des Rheins mit dem Südwesten eine immer größere Bedeutung gewonnen, denn damit ist zwischen der Ruhr und der Mosel der stärkste Transport in Massengütern entstanden, den Deutschland überhaupt aufweist; es sind Kohlen, Koks, Erze und Erzeugnisse der Eisenindustrie, die zwischen dem Ruhr- und dem Moselgebiet ausgetauscht werden. Das gleiche gilt für den Austauschverkehr zwischen dem Saargebiet, Frankreich und dem Ruhrrevier.

Für die Schifffahrt der beteiligten Gebiete, die ihren Hauptnugenwärtig am Niederrhein hat, ist die Mosel- und Saarkanalisation naturgemäß von großem Nutzen, denn jede Vergrößerung des Wasserstraßennetzes bedeutet für das Schiffsverkehrsgewerbe eine Erweiterung seines Tätigkeitsfeldes und eine Ausdehnung seines Betriebes. Eine Kanalisation der Mosel und der Saar gereicht der Schifffahrt daher unzweifelhaft zum Vorteil, weil in der Massenverfrachtung auf dem Rhein die Kohlenverschiffung voransteht. Im engeren Mosel- und Saargebiet leiden viele Gewerbe Zweige unter dem Mangel einer billigen Wasserfracht; so sehen die mächtigen Ablagerungen von Kalk- und Sandsteinen ihrer Gewinnung entgegen und die Beförderung dieser und anderer Rohstoffe von geringem Wert und großem Gewichte auf dem Wasserwege ist geradezu eine Lebensfrage für die betreffenden Industriezweige, namentlich auch mit Rücksicht auf die Ausfuhr. Was die Beziehungen der Industrie zu den Seehäfen betrifft, so bedeutet die Moselkanalisation eine Ablenkung von Antwerpen nach Rotterdam, und damit ist bereits gesagt, daß durch die Kanalisation der Mosel zahlreiche Versendungen, namentlich von Halbzeug und Fertigfabrikaten, die jetzt infolge der geschilderten belgischen Tarifpolitik den belgischen Eisenbahnen zufallen, zum größten Teil einer deutschen Verkehrsstraße zugeführt werden, wie das ähnlich auch mit dem Versande des Saarreviers der Fall ist, der auf der Pfalzbahn die Rheinstraße bei Ludwigshafen aussucht.

Die Mosel- und Saarkanalisation wird von deutscher wie von französischer Seite unentwegt weiterbetrieben, und es wäre vom technischen wie vom wirtschaftlichen Standpunkte nicht zu rechtfertigen, wenn bei dem weiteren Ausbau des deutschen Wasserstraßennetzes die größte und wichtigste Zufahrtsstraße des Rheingebietes, die die industriell bedeutendsten Industrieregionen miteinander verbinden und für die ohnehin darniederliegende Rheinschifffahrt erschließen würde, noch länger vernachlässigt bliebe.

Auf dem gekennzeichneten Wege — durch die Verbindung der Schiffsverkehrsbewegung mit der Wasserstraßenausbeute — dürfte es trotz der veränderten politischen Verhältnisse und der ungünstigen Finanzlage Deutschland doch noch gelingen, die Mosel- und Saarkanalisation auszuführen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse und Verkehrsbeziehungen zwischen den beteiligten Wirtschafts-

* In Nummer des „Saarfreund“ vom 1. Juni 1925 („Kanalisation und Wasserstraßenausnutzung der Mosel und der Saar“).

gebieten haben sich ja auch nach der Abtrennung Elsaß-Lothringens von Deutschland nur wenig geändert; nach wie vor findet zwischen der Ruhr und Lothringen und zwischen dem Saargebiet und Frankreich ein starker Austauschverkehr statt. Für das Saargebiet ist die Lage allerdings zurzeit sehr ungünstig: bei der durch den Friedensvertrag geschaffenen Stellung des Saargebietes (französische Kapitalbeteiligung bei der Burbacher-, Dillinger-, Halberger-Hütte und beim Neunkirchner Eisenwerk), insbesondere aber im Hinblick auf das am 10. Januar 1925 erfolgte Ausscheiden der saarländischen Wirtschaft aus dem Organismus der deutschen Volkswirtschaft, endlich im Hinblick auf die im Gange befindliche Inflation, ist die Kanalfrage in den Kreisen der Saareisenindustrie naturgemäß in den Hintergrund gedrängt worden. Die Frage wird aber in besseren Zeiten wieder wie früher unter die wichtigsten wirtschaftlichen und nationalen Aufgaben des Saargebietes aufgenommen werden, denn es ist auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand, daß die Saar, die in ihrem Oberlauf kanalisiert ist, nur Anschluß an das französische Wasserstraßenetz gefunden hat, während die eigentlich natürliche schiffbare Verbindung mit der Mosel und dem Rhein fehlt.

Es kommt hinzu, daß die Mosel- und Saarkanalisierung auch für Württemberg und Baden in Verbindung mit den im Bau oder in Vorbereitung begriffenen bzw. geplanten Wasserstraßen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung gewinnen. Württemberg ist im Zeitalter der Eisenbahnen und Wasserstraßen Hinterland geworden. Seine ungünstige Verkehrslage und das Fehlen reicher Bodenschäze haben zwar eine starke industrielle Entwicklung nicht gehindert, aber eine eigentliche Großindustrialisierung Württembergs würde aber durch die Verbindung mit dem Mosel- und Saargebiete wesentlich erleichtert und gefördert werden. Diesen Gedanken hat gelegentlich der Eröffnungsversammlung der Plan- und Modellausstellung der Südwestdeutschen Kanalvereine in Mannheim, der Präsident der Mannheimer Handelskammer, Geh. Kommerzienrat Engelhard in einer Ansprache hervorgehoben, indem er ausführte:

„Die Neckarkanalisierung wird aller Voraussicht nach einen weiteren Wasserweg entstehen lassen, den wir auf das dringendste gebrauchen. Ich meine den Großschiffahrtsweg von Mannheim-Ludwigshafen nach der Saar und Mosel, der die Industriegebiete Württembergs und Badens in Verbindung steht mit dem so wichtigen Zentrum der Kohlen- und Eisenversorgung. Wir werden dann nicht bloß mit dem Süden und Norden, sondern auch mit dem Osten und Westen in billiger Wasserverbindung stehen.“

Daraus ergibt sich, daß die Mosel- und Saarkanalisierung von großer wirtschaftlicher Tragweite für die verschiedensten deutschen Wirtschaftsgebiete ist. Da technische Bedenken dagegen nicht geltend zu machen sind, sollten die der Durchführung entgegengestehenden finanziellen Schwierigkeiten bei allseitigem guten Willen überwunden werden können.

Dass mit der Kanalisierung der französischen Moselstrecke von Meck bis an die preußische Grenze mit Bestimmtheit gerechnet werden kann, sobald die erforderlichen Geldmittel im Staatshaushalt bereitgestellt werden können und die Meinungsverschiedenheiten über die Heranziehung der beteiligten Kreise (industrielle Werke, Stadtverwaltungen usw.) beigelegt sein werden, ist nicht zu bezweifeln. Nach einer Meldung der Agentur Havas vom 31. Oktober v. J. hatte der französische Ministerrat beschlossen, schon im Staatshaushalt für 1926 die Bewilligung eines ersten Kredits zu verlangen, damit die Vorarbeiten für das Projekt der Moselkanalisierung durchgeführt werden könnten. Das Parlament soll ersucht werden, ohne Verzug zur Prüfung dieses Projekts zu schreiten. Der der Kammer vorliegende Gesetzentwurf sieht in seinem Artikel 1 vor, daß die Arbeiten in drei Etappen verteilt werden, deren erste und dringlichste bezweckt, die Strecke zwischen Meck und Diedenhofen (Königsmachern) für 350-Ton-Kähne fahrbare zu machen. Vorgesehen sind dafür 41,5 Millionen Franken, während das Gesamtprojekt 66 Millionen Franken (nach dem Frankenstande bei Einreichung des Projekts) erfordern würde. Es handelt sich für Frankreich vorläufig nur um die Herstellung einer Verbindung zwischen dem lothringischen und dem nordfranzösischen Industriegebiete. Die weitergehenden Pläne sind aus den erwähnten finanziellen Gründen zurückgestellt worden.

Die Finanzierung der Mosel- und Saarkanalisierung wird aber bei seiner anerkannten Rentabilität unüberwindlichen Schwierigkeiten nicht begegnen; in- und ausländisches Kapital wird dafür leichter verfügbar gemacht werden können als für andere weniger lohnende und weniger wichtige Wasserstraßen.

Das Ausgleichsverfahren im Saargebiet.

Im Ausgleichsverfahren zwischen dem Saargebiet und Frankreich treten andauernd beträchtliche Härten und Schwierigkeiten auf. Im Verein mit der bekannten allgemeinen schlechten Wirtschaftslage lasten sie besonders schwer auf den Saarländern, die bis zum jähren Abbruch durch den Waffenstillstand mit Elsaß-Lothringen geschäftliche Verbindungen aller Art unterhielten. Ebenso auf denjenigen, die aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen wurden und sich im Saargebiet niederließen. So bleiben gegenseitige Forderungen und Schulden unregelt. Die Regierungskommission des Saargebietes willigte nicht in die Ausdehnung des deutschen Reichsausgleichsgesetzes auf das Saargebiet, so daß für die Handhabung des Ausgleiches besondere Vereinbarungen zwischen dem Reich und der Saarregierung nötig wurden. Eine erste derartige Vereinbarung fand erst im April 1925 ihren Abschluß, die durch Verordnung der Saar-Regierungskommission vom 16. April 1925 in Kraft gesetzt wurde, so daß erst jetzt an den Ausgleich solcher Forderungen und Zahlungen mit ihren Zinsen und Umrechnungen herangetreten werden konnte. Die Verordnung bestimmte in den §§ 1 und 2, daß der Ausgleich ausschließlich Sache der Regierungskommission sei und die einzurichtende Saar-Ausgleichsstelle die Zahlungen leistet und die geschuldeten Beträge eintreibt, beides in der gesetzlichen Währung des Saargebietes (Frankenwährung) und auf Kosten der Gläubiger usw. Die Verordnung vom 21. Dezember 1925 regelt dann nach den gemachten Erfahrungen die Tilgung der Schulden in Raten, Gewährung von Stundung oder auch Nachzahl bis zu 60 Prozent, Erlaß der Zinsen und sonstige Erleichterungen, ähnlich der Regelung im unbesetzten Reichsgebiet durch das Reichsausgleichsamt und dessen Zuständigkeit für Ausgleichung von Härten. Die Vereinbarung bzw. die Verordnung sieht auch Anrufung einer richterlichen Beschwerdestelle gegen die Entscheidungen der Saar-Ausgleichsstelle vor. Lebhafte Beschwerden richten sich nun gegen die Geschäftshandhabung dieser Saar-Ausgleichsstelle, geleitet von dem französischen Beamten Labi, über dessen Geschäftsführung in französischem Sinne auch in anderer Richtung schon mehrfach lebhafte Klage geführt worden ist.

Dem Reichsausgleichsamt ist diese Anstoß erregende Sachlage bekannt, ihm sind durch die obenerwähnten Vereinbarungen aber die Hände gebunden, und es kann mit seinem Härtefonds nicht einspringen, da sich die Regierungskommission das ganze Verfahren in Ausgleichssachen gegenüber den Saarbewohnern vorbehalten hat und strikt darauf besteht. Das Reichsfinanzministerium versucht neuerdings Abhilfe zu schaffen, und es haben vor kurzem auch dahinzielende Verhandlungen zwischen beiderseitigen Vertretern in Berlin stattgefunden mit dem Ziele, daß die Regierungskommission das Reichsausgleichsgesetz im Saargebiet einführen und die Abrechnung mit den Gläubigern und Schuldner dem Reichsausgleichsamt überlassen möge. Wie wir zuverlässig erfahren, haben die deutschen Vertreter dabei erklärt, daß die deutsche Regierung bereit sei, bei der im Falle der Annahme dieses Vorschlags entstehenden Frage nach der Verteilung der finanziellen Kosten des Ausgleichsverfahrens im Saargebiet der Regierungskommission im weitesten Umfang entgegenzukommen. Die Vertreter der Regierungskommission erklärten jedoch, mangels ausreichender Vollmachten über die Frage nicht verhandeln zu können. So liegt die Ursache der Schwierigkeiten und Nachteile für die Saarbewohner ausschließlich bei ihrer Regierungskommission oder enger begrenzt bei ihrem Finanzdezernenten Herrn Labi. Es ist uns versichert worden, daß seitens des deutschen Finanzministeriums die Versuche, zu einer anderen besseren Regelung des Ausgleichsverfahrens im Saargebiet zu gelangen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit gern fortgesetzt werden. Aus dieser Sachdarstellung geht neuerdings hervor, an welcher Stelle es an dem guten Willen zur Pflege der Wohlfahrt der Bevölkerung an der Saar fehlt und welche Opfer ihr unberechtigterweise zugemutet werden.

Heimat-Episoden und Anekdoten.

Von H. P. Buchleitner.

Durchblättern wir einmal heimatliche Literatur, so finden wir hier und da interessante Angaben über Ereignisse aus der Zeit der französischen Julirevolution, der langjährigen französischen Fremdherrschaft im Saargebiet. Mögen uns manche Niederschriften auch noch so sehr an den Ernst der damaligen Zeit erinnern, so entwinden uns dennoch einige alte Aktenstücke ein lautes Lächeln. An Episoden der verschiedensten Art ist die Zeit reich. Es ist bekannt, daß das französische Militär schon gleich nach der Besetzung unserer Saarheimat durch allerlei Re-

quisitionen, Kontributionen, Drohungen usw. sich Herr der Lage mache. Interessant ist aber auch die Art und Weise, wie man die Bewohner und Verwaltungen einzuschüchtern suchte, die Erfüllung durchaus unberechtigter Forderungen umgehend zu erreichen. Beim Durchstöbern verstaubter Völklinger Archivakten fiel mir auch ein solches aus der Zeit der französischen Revolution in die Hände, aus deren Inhalt ich zwei Episoden herausgreifen möchte, die mehr als merkwürdig anmuten. Das erste Originalschreiben, aus dem Jahre 1793 stammend, trägt am Kopfe des Briefes die beiden vielversprechenden Worte „Liberté“ und „Egalité“; gerichtet ist dasselbe an den Oberschultheiß Nehler, unterzeichnet von dem General Lefebvre und hat nachfolgenden Wortlaut:

„ich befiehle ihnen in dem Namen der französischen Republik an mich bis morgen um 10 Uhr hundert Sac haber liefern, oder ich verprene fulgersdol. (= Völklingen); wenn der feind (gemeint sind wohl die Preußen) in ihr Dorf kommt, werde ich ihn schon verjagen.“

Ahnlichen Inhalts ist eine andere, von einem französischen Kommissar in Gersweiler unterzeichnete, auf einem dürtigen Bogen stehende Forderung „an den bourger meister von fcollingen sollte dieser brief gleich lesen und diesem nachfolgen“, die lautet:

„der bourger meister ist ein gebotten, daß er sollte von fcollingen die somat (= Summe) von zwen lidor auf jeder schorsten¹) bringen auf gerswiller bei den meyer diesen abend bringen junst kommen wir und nemen euch alles, was wir finden; gemacht den 25 florial im jar 1794.“

Eine diesbezügliche Bemerkung des damaligen Agenten Böhler vom 24. Nivose des 7ten²) Jahres (= 1799) besagt, daß auf diese Requisition hin 100 Louisdor bezahlt wurden, wofür aber keine Gutschrift ausgestellt wurde.

Nicht nur gegen einzelne Gemeinden richtete sich dieses verwerfliche Vorgehen der Revolutionäre, sondern auch gegen einzelne Bewohner, die man als fürstentreu für verdächtig hielt. So besitzen wir einen Bericht über das Schicksal des Karlsbrunner Pfarrers Rebeneck, der mit mehreren Saarbrücker Geiseln vom Mai 1793 bis November 1794 in Meß im Gefängnis schmachtete. Dieser Episode liegt folgendes zugrunde:

Nachdem Ende des Jahres 1792 französische Truppen in unserer Saarheimat eingerückt waren, organisierte die französische Militärverwaltung eine durchgreifende Briefzensur; alle in der Folge verdächtig erscheinende Briefe wurden also geöffnet; einem französischen Offizier, der gleichwohl als redlicher Mann und Menschenfreund bekannt war, wurde dieses schändliche Handwerk übertragen. Briefe, die etwas Gefährliches für die Schreiber enthielten, lasserte er, anstatt solche der Behörde einzuschicken. Bald wurde dieses Geschäft jedoch einem anderen übertragen, der solches zweckmäßiger betrieb, und ein armer Geistlicher aus unserer Heimat, Pfarrer Rebeneck von Karlsbrunn, empfand die Wirkung davon auf eine unangenehme Art.

Verschiedene Vergehen wurden ihm zur Last gelegt. In einem aufgesangenen Briefe soll er über die von 16 Wormserischen Husaren in Homburg angestellte Husarenjagd gespottet haben. Gleichzeitig hatte er einen Erbschaftsprozeß jenseits des Rheins in Kunkel und schrieb deswegen an seinen Sachwalter in Limburg, welchen er einen Stammbaum übersandte; bei dieser Gelegenheit machte er dann die erwähnte Bemerkung über die Homburger Hasenjagd. Vermutlich machte der Name der Stadt Limburg, die als ein repaire des emigrés bei den Republikanern in gar ungemeinem Andenken stand, den Brief-Inquisitor aufmerksam; er öffnete den Brief und fand einen Plan von dem Lager, das die Franzosen seit einiger Zeit bei Forbach bezogen hatten. Da er Verrat ahnte, schickte er in aller Eile den Brief, den er nicht lesen konnte, samt dem corpus delicti ins Hauptquartier nach Forbach. Sofort wurde die gendarmerie nationale aufgeboten, den verräterschen Pfarrer noch in der Nacht abzuholen, was auch geschah. Nach eigenen Schilderungen Rebenecks wurde er am 2. Mai 1793, abends um die Nachtzeit, von 12 Gendarmen aus seiner Wohnung herausgeholt und nach Forbach gebracht. Bei dem von der Municipalität und einigen militärischen Beisitzern veranstalteten Verhör demonstrierte der unglückliche Gefangene zwar, daß die Einlage seines Briefes kein Plan des Forbacher Lagers, sondern ein Stammbaum sei, daß die krummen Linien, die Zirkel und Dreiecke keine halben Monde, Horn und Spizwerke und Kanonen bedeuteten, sondern seine lieben Onkels, Tanten und Vettern, und daß das doppelte Kreuz nicht die Forbacher Ka-

pelle, sondern den seligen Erblasser, weiland Sr. Wohllehrwürden Herr Pfarrer Stangasser in Schuppach vorstelle, daß endlich, was für eine Bemerkung der Vorposten des Lagers angesehen würde, er selbst mit seinen lieben Brüdern und Schwestern sei. Da die Inquisitoren zum Glück Deutsch verstanden, auch zum Teile seine Familie kannten, wurde er zwar von Verrätereи und deren Folge, der Guillotine, freigesprochen; da aber die Herren so weit gegangen waren, wollten sie nicht wieder rückwärts; er wurde von Forbach über Saargemünd nach Meß geführt und dort in einen Kerker geworfen. Unter den größten Unbilden sollte er hier 1½ Jahre verbringen. Durch eine Departement-Befreiung wurde er am 23. Mai, vormittags 10 Uhr, in Freiheit gezeigt, über Mittag aber kraß einer anderen Befreiung wieder angehalten und in das durch damalige Zeitumstände so berühmt gewordene Refuge, ein vormaliges Nonnenkloster de notre Dame, gebracht; hier saß er neben den übrigen Saarbrücker Geiseln bis zum 3. November 1794 gefangen und hatte natürlicherweise allerlei Unbilden (sata) zu ertragen.

Endlich, am erwähnten 3. November, wurde den sämtlichen Saarbrücker Geiseln kraß einer Befreiung die Freilassung mitgeteilt. Am 6. November reisten alle ab. Unter lautem Jubel und allgemeiner Freude ihrer Landsleute kehrten sie nach einer 18monatigen grausamen Gefangenschaft in ihre Heimat zurück. Wie alle anderen, so traf auch Pfarrer Rebeneck am nächsten Tage wohlbehalten in Karlsbrunn ein.

Auch in verschiedenen anderen Dörfern spielten sich um diese Zeit ähnliche Ereignisse ab. So hatte in Großrosseln der dortige Pfarrer Schuller viel zu leiden unter der revolutionären Verfolgungswut der Kleinstroßler, da sich hier die Revolutionsidee frei entfalten konnte. Da Groß- und Kleinrosseln, obgleich territorial verschieden — erstere Dorf saarbrückisch, letzteres lothringisch — eine gemeinsame Kirche, Schule und Friedhof hatten, so war des Großrosselers Pfarrers Lage unangenehm; jegliche Religionsübung war verboten, wodurch sich Pfarrer Schuller aber nicht einschüchtern ließ. Dieser mußte aber damit rechnen, daß sich Hass und Wut der Kleinstrosseler Republikaner täglich mehr gegen ihn richteten. Verschiedentlich, zum ersten Male im Frühjahr 1792, kamen die Revolutionäre häckerfüllt über die Grenzbrücke, belagerten das Pfarrhaus, um den Pfarrer in ihre Gewalt zu bekommen. Dieser flüchtete aber stets rechtzeitig und hielt sich auf den Heuspeichern belagter und zuverlässiger Bürger verborgen. Schuller hatte in der nächsten Zeit mal wieder bei Nacht und Nebel in Kleinrosseln einen Versteck gemacht und konnte sich deshalb kaum noch halten; er mußte wieder mehrere Tage ein unbesquemes Nachtlager auf einem Heuspeicher suchen, um sein Leben zu sichern. Während dieser unfreiwilligen Abwesenheit im Herbst des Jahres 1792 kamen die Republikaner wieder über die bekannte Brücke; sie begnügten sich damit, den Stall des Pfarrers zu plündern, in dem sie ein gemästetes Schwein raubten; unter Mitwirkung ihrer Zähne nahmen sie an diesem vorstigen Geschöpf — vulgo Sau — eine Arbeit vor, die der geistliche Eigentümer zweifelsohne lieber selbst verrichtet hätte. Das Los des Pfarrers sollte sich im nächsten Jahre, dem denkwürdigsten und schrecklichsten der Revolutionszeit, noch verschlimmern. Trotz aller Drohungen, selbst mit der Todesstrafe, nahm er verstohlen nachts Krankenbesuche vor, weswegen er beim Tribunal in Saargemünd angeklagt wurde; so mußte er am 25. November 1793 in der Dunkelheit seine Pfarrgemeinde verlassen und flüchtete nach Bettingen a. d. Prims, wo er bis zum 29. November 1794 in der Verbogenheit lebte. Während dieser Zeit zogen die Kleinstrosseler in Scharen vor das verschlossene Großrosseler Pfarrhaus, räubten und plünderten es aus und schafften das, was noch nicht gestohlen war, über die Brücke, wo man bald darauf alles zu einem Spottpreise versteigerte. Nach seiner Rückkehr wurde der Pfarrer noch öfters von den Anhängern der roten Fahne belästigt, stellte sich aber ihrem Ansinnen energisch gegenüber, bis allmählich Ruhe eintrat.

Kleine politische Umschau.

Immer noch Übergriffe der französischen Saarbesatzung.

Wie die „Saarbrücker Zeitung“ mitteilt, ereignete sich in Saarbrücken wieder nachfolgender Zwischenfall, der von Zeugen bestätigt wird:

Eine junge Frau, die sich auf dem Nachhauseweg befand, begannete in der Deutschherrnstraße, also mitten in der Stadt, drei französischen Soldaten. Als sie diesen ausweichen wollte, warf der in der Mitte gehende Soldat seinen Kameraden mit solcher Wucht auf die Frau, daß sie auf das Pflaster fiel, mit dem Kopf auf den Boden schlug und halbblauämt liegenblieb. Mit

¹ Jede Feuerstätte sollte 2 Louisdor zahlen.

² Als erstes Jahr der Republik gilt das Jahr 1793.

Gelächter ernsternten sich die Soldaten. Leider war kein Schützmann oder Landjäger in der Nähe, bei denen die Passanten hätten Anzeige erstatten können. Die Frau kam in völlig erschöpftem Zustand nach Hause.

Diese neue Gewalttat zeigt wiederum die Notwendigkeit, daß sich der Völkerbundsrat endlich zu der vollständigen Rückziehung der seit sechs Jahren unter bewußter Verletzung des Versailler Vertrages im Saargebiet anwesenden französischen Truppen entschließe. Im Saargebiet werden die hohen Friedensworte gerne gehört, und man hofft, daß Frankreich nun endlich den Beweis seiner Aufrichtigkeit gibt. Der Reden sind genug gewechselt.

Die Saarbr. Ztg. erhält einen längeren Bericht über einen Vorfall auf der Grenzstation Jägersburg. Eine Frau M. D. traf an einem Abend um 11 Uhr mit dem von Schönberg kommenden Zuge dort ein. Frau D. fährt diese Strecke aus beruflichen Gründen fast täglich. Diesmal hielt sie ein französischer Zollbeamter aussteigen und ihm in die Zollhalle folgen. Dort untersuchte er sehr lange die Handtasche der Dame, ihr einziges Gedächtnis, obwohl sie ihn wiederholte versicherte, daß sie keine zollpflichtige Ware bei sich führe. Zuletzt aber bestätigte der Zollbeamte Frau D. in größtmöglichster Weise. Anzeige ist der französischen Zolldirektion erstattet.

Teilregelung des „Kleinen Grenzverkehrs“.

Zwischen Vertretern der deutschen und der französischen Regierung und der Regierungskommission des Saargebiets ist am 14. Sept. in Saarbrücken ein Protokoll über die Regelung des Arbeiterverkehrs an der deutsch-saarländischen Grenze unterzeichnet worden. Es enthält Bestimmungen zur Erleichterung der Lage der im deutschen Zollgebiet wohnenden und im Saargebiet beschäftigten, sowie der im Saargebiet wohnenden und im deutschen Zollgebiet beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Erleichterungen liegen vornehmlich auf zollrechtlichem Gebiete und betreffen die Mitnahme von Fahrrädern, von Mundvorrat, von Deputaten, sowie des Lohnes, ferner den Bezug von Arznei- und Verbandsmitteln. Die wichtigsten Erleichterungen werden gewährt für die Mitnahme von Lebens- und Genügmitteln, sowie von gewissen Gegenständen des notwendigen täglichen hauswirtschaftlichen Bedarfs; für diese Gegenstände wird auf Grund von Haushaltstafeln Zollbefreiung im Rahmen gewisser, genau festgesetzter Mengen gewährt. Ein Teil der Bestimmungen des Protokolls wird bereits am 1. November 1926 in Kraft treten, der Rest nach Einholung der in Deutschland und Frankreich erforderlichen parlamentarischen Zustimmung. Im Hinblick auf den Ausnahmeharakter der gewährten Vergünstigungen ist für die Unterzeichner ein Kündigungsschreit nach Ablauf von sechs Monaten vom Inkrafttreten des Protokolls ab vorgesehen.

Die Unterzeichner erhoffen von den vereinbarten Bestimmungen eine fühlbare Erleichterung für die in Betracht kommenden Arbeiter und Angestellten.

Die gleichzeitig geführten Verhandlungen über den kleinen Grenzverkehr bezüglich des Saargebiets und die damit zusammenhängenden Fragen stehen vor dem Abschluß.

Kleine Tageschronik.

Saarbilber.

„Veteranen der Arbeit“ im Gespräch.

Das Gasthaus zur Erholung im Saarland liegt an der Straße, die zur Grube führt. Jeden Tag gehen Tausende von Arbeitern vorbei. Mancher lehnt nach versahrener Schicht ein, um noch kurz nach getaner Arbeit sich einen schäumenden Trunk zu holen und dann schnell seinem Heime entgegenzugehen, denn es ist eine schlechte Gewohnheit als Bergmann, der nach jeder Schicht gewissenhaft zur selben Zeit von Frau und Kind erwartet wird, den kurzen Stärkeschluck länger auszudehnen, weil dann gar leicht sich ins Bergmannshaus Unruhe und Ungewißheit einschieleichen können um den Gatten und Vater. Denn tüchtig ist der tiefe Schacht und wahllos und schnell greift der Tod manchmal in die Reihen der Knappen. Drum ist eine alte Bergmannsgewohnheit, nach der Schicht erst nach Hause zu gehen und vielleicht später, wenn Zeit und Geldbeutel es erlauben, die Gemütlichkeit und ein Plauderstündchen zu suchen. Gegen fünf Uhr abends füllte sich denn so nach und nach die Gaststube. Um runden Tische, der in der rechten Ecke nah am Ofen stand, saßen als einzige Gäste bis jetzt zwei altersgraue Männer. Sie hatten, dem Neuzerem nach zu urteilen, schon das biblische Alter erreicht. Ein langer, schneeweisser Bart, gut gepflegt, hing dem zunächst Sitzenden über die Brust, das zufriedene Gesicht, dem die halblange Pfeife den Stempel des Urgemütlischen aufdrückte, wandte sich nun voll seinem Gegenüber zu, der ebenfalls sein achtigstes Jahr hinter sich hatte und jeden Tag gewissenhaft zwischen fünf und sechs Uhr in der „Erholung“ erschien und seine zwei Gläser Branntwein — Grumbiere — trank. „Herrschte Karel, was hann mir doch noch in use alte Tage ä Glück, so gutt gerodene Kinner je hann. Ei sah ä mol Karel, wo läme mir user bische, armselig Berchmanns Pasto hien, die us de

Franzmann gibt, wenn mir nitt von dä Kinner Unnerstigung hätte.“ „Jo Vetter Jäb“, gab der Angeredete zur Antwort. „Ae Schann, watt user enns gritt, wo er sei gan Läwe im Kohleloch gehabt hat. Jo do wars doch beim Preiz äanner Handwerk. Do hat ma das Alter und die Arwt, die mer sei Läwe lang geschafft hat, geehrt. Ei sah ä mol, Vetter Jäb, watt sollt ich dann mit meine armselige 150 Fränelchen mache, wo alles so teier wird unn die Frankelumpe acht mol uss ä Heifelche ussgezett wäre muß bis än gutt Reichsmark ä raus kimm. Und dann noch ann der Berchheit unn an de arme Pasionär, do wert gespaart, awer sunscht do schmeiht mers hausweis ä nau.“ Während dieser langsam gesprochenen Rede des Vetter Karel, denn Vetter nannte einer den andern, obwohl ihre ganze Verwandtschaft nur im gleichen Alter und von der Schulzeit her als Kameraden der Schulbank und später als Kameraden der Arbeit bestand, hatte der Vetter Jäb schon zweimal auf den Tisch geschlagen als Zeichen seines Einverständnisses und als Ankündigung, daß er nach der vollendeten Rede des Vetter Karel auch noch seinen Senf geben würde. Die Türe ging auf und der Hannes aus Wiebelskirchen trat ein. „Gun Dag. No Vetter Karel und Jäb, wie geht es eich?“ „Oh Hannes, es geht uns jo durch uns Kinner nitt schlecht; awer, wie kennt et us gehn, wenn mir niemand meh hätte“, so klang es fast wie aus einem Munde. Hannes zog sich den nächsten Stuhl bei und sagte: „No iher lenne eich immer noch nitt beschwere, awer gucke mich ä mol an. Zwei undsiewig Jahr unn immer steht mer im Gescherr, wie ä Karregaul. Wat soll dann mei Dochter mit de fünf klane Trawande mache, wenn ich nitt helse dät. De Mann dot, die klän Witwepasian unn ich mit de traurig Berchmannspassion, do gabs für mich nix annerscht wieder wie iwert Dag schaffe gehn. Gott sei Dank, daß ich noch gefund bin. Jo es is nitt meh schön uss de Welt, unn die Ungerechtigkeit. Kimm do vor acht Dag uss Grub‘ „H“ ä Micumer, den se schon in Thiringe, wie se gehört hann, daß er uss Seite vom Franzmann de Ruhrkampf mitgemacht hatt, ä nauß geschmiß hann, uss die Grub in „H“. Nu dentt eich ä mol so ä Spektakel, der Kerl hatt lä Verstand vom Berchbau, is drei Dag in äner Partie als Schlepper und Dags druff kimm er mit ärem Steckelche un mit ärem Krache an un is Fahrhauer. Ei sah ä mol Vetter Karel steht üm do nitt de Verstand stiz? Vetter Jäb hatt mer so ebbes bei de Preize jemals gehört?“ Jetzt awer bummt der alte Vetter Jäb uss de Disch, daß die Gläser wackele und schreit: „Sischtet Vetter Karel, ich hannis jo immer gesaht, mir ware immer im Läwe zu ehrlich, wer de gröschte Lump is und sei Vaterland am meischte Rippstöß genn hatt, der wird belohnt, unn anere Leit misse verhungere.“ „Halt, hall inn Vetter Jäb“, schreit do awer der Hannes aus Wiebelskirche, „heit noch, viel leicht ach noch morje unn iwert morje, solang de Franzmann do is, awer los den nur fort sinn, dann hert der Spitzbuwe Krom uss. Nä so will ich tä Geld verdiene, krumm unn buckelig in de Arwt were, awer ehrlich bleiwe. Mir kennt der Franzmann biete, was er wollt, ich bleiwe deitsch.“ „Recht haschte“, fiel dä Vetter Karel ein. „Hannes, du weischt jo, daß ich genau so denke“, war die Antwort von Vetter Jäb. Gun Nacht, mi Alte gehn hääm.

★

Saarbrücken. Die unter dem Protektorat des Präsidenten der Regierungskommission, Stephens, stehende zweite saarländische Möbelmesse fand in Saarbrücken unter starker Beteiligung des saarländischen Möbelgewerbes statt. Viel bemerk wurde die Tatsache, daß zu dem feierlichen Eröffnungsakt sich sämtliche Mitglieder der Saarregierung, mit Ausnahme des Belgiers Lambert, eingefunden hatten. In einer vielbeachteten Ansprache des Präsidenten Stephens dankte dieser für das ihm übertragene Protektorat, bei dessen Annahme ihn vor allem die Erwägung geleitet habe, daß aus solcher Zusammenarbeit zwischen der Regierungskommission und dem Ausschuß des Handwerks eine ständige und persönliche Fühlungnahme zwischen den Behörden und den Berufsständen sich ergeben möge. Der Präsident der Handwerkskammer, Landesratsabgeordneter Schmelzer, bezeichnete das mit großer Genugtuung aufgenommene, fast vollzählige Erscheinen der Regierungskommission als einen außerordentlichen Fortschritt, den er nicht anstrehe, stark zu unterstreichen.

Aus einer Zuschrift aus Kreisen des Bühnenvolksbundes an die „Saarbrücker Zeitung“ ergibt sich, daß die wirtschaftliche Lage des Saarbrücker Stadttheaters eine nicht sehr günstige ist. Wenn der Besuch des Theaters sich nicht bedeutend gegenüber dem Vorjahr steigere, dann werde die Stadtverordnetenversammlung für das nächste Jahr nicht mehr die großen Mittel bewilligen können, die es zur Aufrechterhaltung seines Betriebes bedarf. Oper und Operette würden dann nicht mehr betrieben werden können, womit auch die Erhaltung des Ochesters bedroht wäre. Eine solche Verkümmерung des Saarbrücker Theaterlebens wäre nicht nur vom künstlerischen und kulturellen Standpunkt aus aufs tiefste zu bedauern, sondern auch aus nationalpolitischen Gründen. Eine deutsche Kunstsäte in Saarbrücken, die der deutschen Kultur schon unberechenbare Dienste geleistet hat, ist der am weitesten vorgeschobene deutsche Kulturposten im Südwesten des Reiches. Der in der erwähnten Zuschrift bellagte schlechte Besuch des

Theaters ist zweifellos eine Folge der Frankeninstation, die es weiten Kreisen der Bevölkerung unmöglich macht, sich einen regelmäßigen Theaterbesuch zu leisten.

Auf der Burbacher Hütte verunglückte der 25 Jahre alte, ledige Hüttenarbeiter Johann Martin lebensgefährlich. Eine 20 Zentner schwere Ofentür fiel um und begrub den Unglüdlichen unter sich, der einen Kreuzbruch, den Bruch beider Beine und schwere Kopfverletzungen erlitt. Kurze Zeit später geriet der 25 Jahre alte Hüttenarbeiter Heinrich Rammacher in das Getriebe der Briefkettspresse und wurde zu Tode gequetscht. Rammacher hinterläßt Frau und ein Kind.

Völklingen. Beim Umstellen einer Weiche kam der Hüttenarbeiter Gustav Schwenk von hier zu Fall und unter die Räder eines beladenen Wagens. Ein komplizierter Ober- und Unterschenkelbruch führte nach kurzer Zeit seinen Tod herbei. — Ein Saarbrücker Auto fuhrte in der Höhe des Eiswerkes mit einem Lisdorfer Pferdefuhrwerk, das von dem 60 Jahre alten Landwirt Meunier begleitet war. Unverständlicherweise ging M. von links nach rechts und rannte trotz der Warnungssignale in das Auto hinein. Der alte Mann wurde von dem Auto zur Seite geschleudert und blieb bewusstlos liegen. Ein wenige Augenblicke nach dem Unfall eingetroffener Arzt konnte nur noch den Tod Meuniers feststellen.

Auersmacher. Der älteste Einwohner unseres Ortes, der Zimmermeister Becker, wurde unter großer Teilnahme der Bürger im Alter von 84 Jahren zur letzten Ruhe bestattet.

Bous. Wie erinnerlich, wurde im Jahre 1916 der Vollziehungsbeamte Ferdinand aus Dierlen beim Stellen eines Kartoffeldiebes auf seinem Ader von diesem erschossen. Nach nunmehr 10 Jahren kommt Licht in die dunkle Angelegenheit. Das Ehepaar Erbel aus Völklingen, früher wohnhaft auf dem Petershof, hat ihren Schwager als den Mörder des Ferdinand angezeigt und ihre Aussagen zu Protokoll gegeben.

Wadgassen. Beim Baden ertrank in dem Parinoweiher der 18jährige Alois Kiefer, Sohn des pens. Bergmanns Johann Kiefer, von hier. Der Verunglückte war die einzige Stütze seiner hochbetagten Eltern.

Fraulautern. Der seit Jahrzehnten in unermüdlicher Arbeit für die Sache des deutschen Männergesanges tätige Sanitätsrat Dr. Neugebauer wurde, als Zeichen der Dankbarkeit und Anerkennung, zum Ehrenmitglied des Sängerbundes ernannt.

Merzig. Aus Duisburg wird gemeldet: Der unter dem Verdacht der Ermordung eines Mädchens in Merzig a. d. Saar stehbrieflich verfolgte und aus der Separatistenzzeit bekannte separatistische Polizeikommissar Joseph Köpp ist von der Polizei in Mörs festgenommen worden. Köpps Festnahme erfolgte bei dem Versuche, ein Mädchen zu übersetzen.

Mettlach. Bei Erdarbeiten zur Anlage einer Drehscheibe für die neue Fabrikbahn rutschte das Erdreich ab und begrub drei Arbeiter. Während zwei noch lebend unter den Massen hergeholt werden konnten, fand der dritte, der 19 Jahre alte Kiefer aus Weiten, den Tod. Die beiden Verletzten wurden ins Krankenhaus überführt.

Quierschied. Im Kohlbachweiher ertrank der Bergmann P. Krähan von hier. Der Tod ist durch einen Herzschlag herbeigeführt worden. K. war in erhitztem Zustand ohne vorherige Abkühlung ins Wasser gegangen.

Wellesweiler. Das dreijährige Söhnchen des Landjägers Eder von hier kam mit einem am Boden liegenden Lichtleitungsdrähte in Berührung und wurde durch den elektrischen Strom auf der Stelle getötet.

Wemmetsweiler. Nachdem das neue Verwaltungsgebäude der Bürgermeisterei Wemmetsweiler zum größeren Teil vollendet ist, findet am Samstag, 2. Oktober, im Festsaal des Hauses eine Einweihungsfeier statt.

Friedrichsthal. Der Bildstocktunnel zwischen Friedrichsthal und Reden hat als Folgen des französischen Raubbaues bekanntlich starke Risse erhalten. Zurzeit ist man mit der Erneuerung des Gewölbes beschäftigt. Zu den Bauosten trägt aber die französische Grubenverwaltung, die die Beschädigung verschuldet hat, nichts bei.

Neunkirchen. Die Lostrennung der Stadtgemeinde Neunkirchen vom Kreisverband Ottweiler und die Erhebung zur selbständigen Kreisverwaltung wird gegenwärtig in Bürgerkreisen wieder ernstlich besprochen. Wie glaubwürdig mitgeteilt wird, hat man in der letzten Kreistagsitzung in Ottweiler die nicht gerne gehörte Abtrennungsfrage sich durch den Kopf gehen lassen und ein hervorragendes Ausschusmitglied soll sich dahin geäußert haben, er werde sich gegen die Lostrennung Neunkirchens vom Kreisverband Ottweiler bis aufs äußerste wehren. Die ablehnende Stellungnahme im Kreistage und Kreisausschuss Ottweiler zur Selbständigkeit Neunkirchens ist sehr begreiflich, da bekanntlich die Stadtgemeinde Neunkirchen gegenwärtig

65 v. H. aller Kreislasten zu tragen hat. Hier wird die Frage erhoben, wann die schon lange äußerst notwendige Brückenverweiterung zur Ausführung kommt und wer die Baukosten trägt, die Stadtgemeinde allein oder die Stadt und die Eisenbahnverwaltung gemeinsam. Aus sicherer Quelle erfährt man, daß seinerzeit die Eisenbahnverwaltung die teilweise Unterhaltungspflicht der jetzigen Brücke übernommen hat. Notwendige Erweiterungsbauten und dergleichen seien im Vertrage nicht vorgesehen. Der Riesenverkehr auf der schmalen Brücke mit ihren schmalen Fußstegen verlangt eine entsprechend große Brücke, die zu guter Letzt die Stadt wird bauen müssen.

St. Ingbert. Bei den Erdarbeiten, die jetzt auf dem Gelände vor dem neuen Gymnasium aufgenommen wurden, stieg man auf mächtige, oberflächlich bearbeitete Steinblöcke. Die Steinblöcke scheinen von derselben Gattung zu sein, wie die Waldsteine, die man auf dem Stiefel, am Rotenkopf und an anderen Plätzen antrifft. Unter dem Steinlager scheint sich ein hoher Raum zu befinden, den man nun freilegen will. Die Arbeiten werden vorsichtig ausgeführt für den Fall, daß es sich um ein Bauwerk aus alter Zeit handeln sollte. Ein eusnahmsweise großer Ton- und Lehmziegel wurde ebenfalls ausgegraben. Dieser Ziegel hat auf beiden Seiten einen aufgekrümmt Rand. Auch Tongeschirrsherben sind zum Vorschein gekommen und werden aufbewahrt, bis Sachverständige sich geäußert haben. — Die Bautätigkeit in unserer Stadt ist noch wie vor noch groß, besonders auf dem Gebiete des Wohnungsbau. Eine Reihe Neubauten wird jetzt noch begonnen. Es scheint, als wolle man mit Gewalt aus der Wohnungsnot herauskommen. Leider fehlt es noch an billigen und günstig gelegenen Bauplätzen, so daß die Neubauten oft recht weit vor die Stadt zu stehen kommen. — Hier starb die etwa 70 Jahre alte Hebammme a. D. Frau Witwe Marie Ochs. In mehr als vierzigjähriger Dienstzeit als Hebammme hat sie mehr als 4000 Menschenkindern beim Eintritt ins Leben Hilfe geleistet. — Die Firma Otto Weigand u. Sohn, Eisen-, Holz- und Baumaterialiengroßhandlung, St. Ingbert, beging dieser Tage die Feier ihres hundsjährigen Geschäftsjubiläums. Der verstorbene Seniorchef des Hauses, Otto Weigand, legte am 24. September 1866 den Grundstein zu dem Unternehmen, das sich im Laufe der Jahrzehnte außerordentlich entfaltete, und unter Leitung des geschäftsführenden Teilhabers Ernst Weigand heute als eines der größten Geschäfte dieser Branche im Saargebiet darstellt.

Frankenthal. Ein vierjähriges Mädchen fiel in Abwesenheit der Mutter in die Abortgrube. Als das Kind vermisst wurde, erzählte das Brüderchen, daß die Schwester in die Abortgrube gefallen sei. Das Mädchen konnte nur als Leiche geborgen werden.

Personalnachrichten.

Zum Rat bei Obersten Gerichtshofe des Saargebiets wurde der französische Oberlandesgerichtsrat am Oberlandesgericht in Colmar, Kehler ernannt. Damit hat die Zahl der französischen Beamten in der Saarregierung eine weitere Vermehrung erfahren.

Das Fest der Goldenen Hochzeit konnten begehen: Die Eheleute Peter Feikert und Maria geb. Wolz, Saarbrücken 8 (75 bzw. 73 J.) und die Eheleute pens. Hüttenarbeiter Johann Peter Olys und Gertrud geb. Geschwind in Wehrden (72 bzw. 70 J.).

Ihre silberne Hochzeit feierten die Eheleute Nikolaus Schmidt und Petronella geb. Brandt in Saarbrücken 2, Lebacherstraße, ferner die Eheleute Michael Kratz und Maria geb. Bur in Kleinbittersdorf; weiter die Eheleute Hermann Lehmann und Frau geb. Jakob in Saarbrücken-Malstatt.

* *

Todesfälle: Saarbrücken: Rector Heinrich Dürrfeld, 53 Jahre; Xaver Kehler; Frau Emilie Heß, 61 Jahre; Heinrich Schmidt, 71 Jahre; Fräulein Anna Sandel, 66 Jahre; Frau Christian Wederle, Luise geb. Müller, 47 Jahre; Heinrich Kettnering, 23 Jahre; Frau Lina Schieder, geb. Wagner, 40 Jahre; Frau Emmi Thull, geb. Ellinghausen, 25½ Jahre; Frau Witwe Wilhelm Kneip, Sophie geb. Klein, 45 Jahre; Matthias Knüppel, 53 Jahre; Frau Wwe. Eg. Bollow, Elisabeth geb. Siegel, 70 Jahre; Frau Angela Hoffmann, geb. Albert, 62 Jahre; Johann Seich, 20 Jahre; Fräulein Ida Ottilie Gerhard, 16 Jahre; Fräulein Lina Amberg; Daniel Seegmüller, 69 Jahre; Frau Friedrich Vogel, Anna geb. Neuberger, 63 Jahre; Frau Katharina Blinn, geb. Andrae, 46 Jahre; Philipp Berg, 56 Jahre; Alfred Lähr, 18 Jahre. — Fechingen: Jakob Rubera. — Güdingen: Friedrich Nading, 58 Jahre. — Altenkessel: Peter Thiel, 77 Jahre. — Neudorf: Frau Ida Anschütz, geb. Pohl, 58 Jahre. — Ottenhausen: Frau Wwe. Mit. Köhl, Emma geb. Herrmann, 64 Jahre; Paul Blume, 22 Jahre. — Völklingen:

Wilhelm Hergot, 65 Jahre. — Neuweiler: Wwe. Fritz Ewen, Katharina geb. Wilhelm, 80 Jahre. — Sulzbach: Wilhelm Gottschall, 66 Jahre; Witwe Heinrich Kirchner, 53 Jahre. — Landsweiler: Frau Irma Klein, geb. Morgenstern, 19 Jahre. — Neunkirchen: Hans Buisse, 23 Jahre; Wilhelm Reuter; Theodor Ludwig Allmang, 33 Jahre. — Wellenweiler: Georg Reinemann. — Wiebelkirchen: Willi Baroqui; Ww. Wilhelm Schulz, Marie geb. Sahner, 61 Jahre; Karl Volz, 63 Jahre; Friedrich Fuchs. — Ottweiler: Dr. Otto Röttgen, 50 Jahre; Wilhelm Weingärtt, 55 Jahre; Frau Konrad Uhl, Katharina geb. Vogel, 76 Jahre; Frau Caroline Vogel, geb. Kirchner, 55½ Jahre; Konrad Diesel, 75 Jahre. — Ensdorf: Frau Katharina Hoff, geb. Hoff, 74 Jahre. — Bettingen: Frau Carl Lenhoff, geb. Helene Follmann, 27 Jahre. — Eisdorf: Johann Meunier, 60 Jahre. — Saarlouis: Peter Höhe, 82 Jahre; Carl Hoffmann, 66 Jahre. — Wallerfangen: Otto Matth. Kröner, 45 Jahre. — Dersen: Frau Michel Pohl, Anna Maria geb. Tinner, 50 Jahre. — St. Ingbert: Jakob Glattfeld, 68 Jahre. — Orsfeld: Leonhard Jakob, 68 Jahre. — Heidweiler: Johannes Kiefer, 42 Jahre. — Magdeburg: Frau Friedrich Neu, geb. Schmidt, 39 Jahre.

Vom Saargrubenbau.

Achtundvierzig Stunden in der Grube eingeschlossen.

Der 27 Jahre alte Bergmann Eugen Mez aus Sengbusch fuhr morgens in gewohnter Weise in die Grube Spittel ein. Er war in einem Kohlenaufbau beschäftigt und im Begriff, am Stoß mit dem Bohrhammer ein Loch zu bohren. Plötzlich gab hinter ihm das ganze Gewölbe nach und Mez war regelrecht eingesperrt. Zum Glück war vorher die Luftleitung angelegt worden, so daß ihm durch den Schlauch wenigstens die Luftzufuhr nicht abgeschnitten war. Der brave Knappe hatte schon damit gerechnet, daß er nicht mehr lebend aus seinem Gefängnis kommen werde, die ihn einschließende Bergwand war etwa sieben Meter stark. Der Unfall war von den Kameraden des verschütteten aber gleich bemerkt worden, die sofort mit allem Nachdruck die Rettungsarbeiten aufnahmen. Ununterbrochen wurde gearbeitet und als man etwa auf zwei Meter an den Kameraden herangeskommen war, gab man einen Schuß ab. Dieser gab durch Klopfen ein Lebenszeichen von sich, die Hoffnung auf Rettung stieg. Durch ein schmales Loch wurde zunächst die Verbindung hergestellt und dem Verschachtenden mittels Schlauches Wasser zugeführt. Endlich nach achtundvierzig Stunden qualvollen Wartens wurde der Eingeschlossene befreit. Der ausgestandene Schrecken malte sich auf dem Gesicht des Mez deutlich aus, er war gealtert, die Haare gebleicht. Die Freude über die glückliche Rettung war allgemein.

Lohn erhöhung im Saarbergbau.

Mit Rückwirkung ab 1. September ist der Multiplikator für die Errechnung des Lohnes der Bergarbeiter auf 2,23 festgelegt. Für den Monat August betrug die Mehzahl 2,15; es ist demnach eine Lohnsteigerung von nicht ganz 4 Prozent eingetreten. Der Richtlohn des Gedingearbeiters beläuft sich nach der Neuregelung ausschließlich sozialer Zulage auf etwa 36 Fr. 80.

*

Ernennungen. Der Abteilungssteiger Emil Weil in Bredfeld ist zum Fahrsteiger, die Bergleute Ludwig Schneider und Karl Woll aus Quierschied zum Fahrbauer ernannt worden.

Vom „Bund der Saarvereine“.

S Die Ortsgruppe Stettin des Bundes der Saarvereine, deren Vorsitzender, Herr Oberregierungsrat Dr. Stegner, sich durch sein unermüdliches und umsichtiges Wirken große Verdienste erworben hat, hat wiederum einen sehr schönen Erfolg dadurch aufzuweisen, daß auf ihren seinerzeit gestellten Antrag mit Zustimmung des Magistrats der Bindungsstraße zwischen Greisenweg und Grenadierstraße in Stettin die Bezeichnung „Saarweg“ beigelegt worden ist. Bekanntlich ist auf der Bundestagung in Hannover im Jahre 1925 angeregt worden, die Ortsgruppen zu veranlassen, unter allen Umständen dahin zu wirken, daß bei sich bietender Gelegenheit eine neue Straße oder ein neuer Platz „Saarstraße“ oder „Saarplatz“ benannt

würden, daß auch „Saarbuch“ und „Saareichen“ gepflanzt würden usw. Erfreulicherweise ist es unter anderen Ortsgruppen besonders die Ortsgruppe Stettin, die dieser Anregung in anerkennens- und dankenswerter Weise stets Folge gegeben hat.

S Die Ortsgruppe Elbersfeld des Bundes der Saarvereine hielt am 8. September d. J. eine recht gut besuchte Monatsversammlung ab. Nach Bekanntgabe verschiedener Eingänge und Entgegennahme von Bestellungen auf den Saarkalender 1927 gab der Vorsitzende, Herr Oberpostinspektor Wiegand, der mit dem Schriftführer, Herrn Rendant Endlein, der Kölner Tagung beigewohnt hat, einen umfassenden Bericht über den Verlauf der Tagung und die dabei gewonnenen Eindrücke. Er kam am Schlusse seiner fesselnden Ausführungen auf die Angriffe zurück, die von einem Teil der Presse gegen den Saar-Verein erhoben worden sind. Die Versammelten waren der Ansicht, daß die Angriffe vollkommen unberechtigt waren und daß der Vorstand, insbesondere jedoch der unermüdliche und schaffensfreudige Geschäftsführer uneingeschränktes Vertrauen verdienen. Die Mitglieder waren bis zu später Stunde gemütlich zusammen und tauschten Erinnerungen aus der Heimat aus.

S Die Ortsgruppe Duisburg des Bundes der Saar-Vereine hielt am Sonntag, dem 12. September, den Wünschen ihrer im Norden der Stadt wohnenden Mitglieder Rechnung tragend, ihre Monatsversammlung im „Deutschen Hof“ in Duisburg-Ruhrort ab. Der Vorsitzende A. Kreis begrüßte die Erschienenen, insbesondere die dem Verein neu beigetretenen Mitglieder mit herzlichen Worten und gab seiner Freude und Genugtuung darüber Ausdruck, daß man, wie der bis auf den letzten Platz besetzte Saal beweise, gut getan habe, auch einmal in einem anderen Stadtteil zu tagen. Anschließend berichtete der Vorsitzende ausführlich über die in allen Teilen glänzend verlaufene Bundestagung in Köln und die damit verbundene große deutsche Kundgebung für Rhein, Saar und Pfalz. Leider war es nicht zu vermeiden, bei dieser Gelegenheit auch auf die verantwortungslose und aller Wahrheit hohnsprechende Art der Berichterstattung mancher Tageszeitungen zu sprechen zu kommen. Mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit brandmarkte der Vorsitzende dieses Gebaren eines Teiles der Presse, das den verabscheuungswürdigen Zweck verfolge, in die Einmütigkeit und Geschlossenheit, die für unsere Saarheimatbewegung geradezu bezeichnend seien und die durch die vorbildliche, von allen Teilnehmern, gleich welcher Richtung, rücksichtslos anerkannte Überparteilichkeit aller Veranstaltungen auf der Kölner Bundestagung aufs neue bewiesen wurden, von außen gewaltsam den zerstreuungskleim hineinzutragen. Es müsse nachträglich betont werden, daß es gerade der Vorstand des Bundes der Saar-Vereine gewesen sei, der kurzerhand beschlossen habe, von sich aus die Reichsflagge an der Spitze des Festzuges zu führen. Von allen verleumderischen Anwürfen bleibe auch nicht das allermindeste übrig. Der Vorsitzende schloß seine Ausführungen mit der Bitte an die Versammlung, sich nicht irre machen zu lassen, sondern wie bisher unter Zurückstellung aller sonstigen persönlichen Gegensätze einmütig dem großen Ziel zuzustreben und nicht als Katholiken oder Evangelische, nicht als Rechts- oder Linkspartei, nicht als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer den Kampf um die Deutscherahaltung unserer Saarheimat zu führen, sondern als ländlich aufs engste miteinander verbundene deutsche Volksgenossen. Die darauf folgende Aussprache, an der sich ganz besonders die in Köln zugegen gewesenen Mitglieder beteiligten, ergab erfreulicherweise, daß die Gefährdung der Einmütigkeit innerhalb der Ortsgruppe durch die erfolgte Klarstellung im wesentlichen abgewendet ist. Man war allgemein der Ansicht, daß es keinen schmerzlichen Verlust bedeute, sollten sich einzelne Mitglieder auf Grund einseitig eingestellter, tendenziös gehaltener Zeitungsberichte bestimmen lassen, dem Verein den Rücken zu kehren, ohne sich der kleinen Mühe zu unterziehen, der Sache auf den Grund zu gehen. — Im weiteren Verlauf des geschäftlichen Teiles wurde u. a. bekannt gegeben, daß in der nächsten Versammlung mit den Vorarbeiten für die Weihnachtsveranstaltung begonnen werden soll. Es wurde ferner der Erwerb des „Saarkalenders 1927“ warm empfohlen, worauf bereits eine große Anzahl Bestellungen bei dem Vorstand eingingen. — Der unterhaltende Teil des Abends brachte Musik-, Gesangs- und mundartliche Vorträge in reicher Zahl. Allen Mitwirkenden auch an dieser Stelle herzlichen Dank.

Briefkasten.

Bon L. in S. 2: 2,50 M. mit bestem Dank erhalten.

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saaar-Heimatbilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zuführung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein E. V., Berlin SW. 11, Königgräßer Straße 94. Fernsprech-Aufschluß: Amt Hohenheide 3243. — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postsparkonto Berlin NW. 7 Nr. 665 36 oder auf Deutsche Bank, Depositenkasse O, Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein E. V.“, mit dem Bemerk „Saaar-Freund“ erbeten. — Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Kurt Meurer, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saaar-Verein E. V.“, Berlin SW. 11, Königgräßer Str. 94; Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW. 11.